

Wöchentlich 10 Pfennig, monatlich 30 Pfennig, vierteljährlich 1 Mark, halbjährlich 1 Mark 80 Pfennig, jährlich 3 Mark 50 Pfennig.

Der 'Vorwärts' mit der illustrierten Sonntagsbeilage 'Welt und Zeit' sowie den Beilagen 'Unterhaltung und Wissen', 'Aus der Welt', 'Neuzeit', 'Der Arbeiter', 'Jugend-Vorwärts' und 'Bild in die Welt' erscheint wöchentlich zweimal, sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: 'Sozialdemokrat Berlin'

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die einseitige Nonpareille Seite 80 Pfennig, Nonpareille Seite 100 Pfennig, 'Kleine Anzeigen' das Letztbedruckte Wort 25 Pfennig, das Letztbedruckte Wort 12 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig, Kleinanzeigen das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig, Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte, Weltmarkt Seite 60 Pfennig, Familienanzeigen für Wohnen Seite 40 Pfennig.

Kioske für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptverlag, Berlin SW 68, Lindenstr. 3, abgeben werden. Gestalt von 8 1/2 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292-297.

Mittwoch, den 13. April 1927

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. Vertikaldruck: Berlin 37 534 - Kontrakt: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 45; Diebstahlschutz, Postamtstraße 1.

Zum 1. Mai 1927.

An die Arbeiter aller Länder!

In einer Zeit großen geschichtlichen Geschehens, voll drückender Sorgen und drohender Gefahren, rüstet das internationale Proletariat zum Festtag der Arbeit.

Im Vordergrund der weltpolitischen Ereignisse steht das Erwachen des chinesischen Volkes, sein gewaltiger Kampf um das Recht auf volle Selbstbestimmung. Er erfüllt mit Freiheitshoffen die Seelen der unterdrückten Völker aller Farben und aller Rassen und zeigt den Imperialisten aller Länder: Die Epoche kolonialer Ausbeutung geht zu Ende! 'Das, was in China geschieht, ist der erste Anfang der großen Meuterei der letzten großen Reservarmee des Kapitalismus und deswegen wollen wir den Arbeitern dort drüben unseren Gruß schicken!' In richtiger Voraussicht künftiger Ereignisse wurde diese Erkenntnis vor zwei Jahren unter dem stürmischen Jubel des ganzen Kongresses der Sozialistischen Arbeiter-Internationale in Paris ausgesprochen; heute ist sie zum Gemeingut der Arbeiterklasse der ganzen Welt geworden. Soviel Zwiespalt es innerhalb des Proletariats über den besten Weg zu seiner Befreiung auch geben mag, in der

Sympathie und Solidarität für die nationale Freiheitsbewegung in China besteht volle Einigkeit.

Ein Drittel der Erdoberfläche liegt zwischen London und Shanghai. Wir können der Revolution, in deren vordersten Reihen die chinesischen Proletarier kämpfen, keine unmittelbare Hilfe leisten. Aber wir können sie unterstützen durch unsere Aktion in der Heimat der imperialistischen Ausbeuter. Sie verfügen über die Machtmittel des Staates, für sie ist der Weg nach China offen, sie hoffen noch immer mit Pulver und Blei die schmachvolle Schande ihrer 'Konzessionen' und 'Territorialprivilegien' zu behaupten. Und deshalb demonstrieren wir an diesem 1. Mai neuerlich für die sofortige Rückberufung der fremden Truppen und Kriegsschiffe aus China!

Arbeiter, Sozialisten! Auch Europa ist von neuen Kriegen bedroht. Je weiter die Völker durch die Reaktion in den Abgrund ökonomischer Verwüstung und geistiger Verklammerung gestochen werden, um so größer wird die Gefahr, daß die Diktatoren das Baboungspiel eines Eroberungszuges riskieren. Insbesondere liegt auf europäischem Gebiet

das Gefahrenzentrum der Kriegsstiftung

in dem verbrecherischen System des Faschismus. Schon ist Albanien auf dem Wege, in eine wirkliche Kolonie Italiens umgewandelt zu werden. Die Gefahr eines neuen Balkankrieges mit allen seinen Schrecken für ganz Europa steigt drohend herauf. Und daher demonstrieren wir an diesem 1. Mai neuerlich für die aktive Fortsetzung der Sozialistischen Internationale: Der Balkan den Balkanvölkern! Für die Balkanföderation der freien Völker des Balkans!

Weber die Vermittlungen des Krieges, den wir erlebt, noch die Gefährdung des Friedens, die neu vor uns erhebt, haben den kapitalistischen Regierungen das Gewissen geschärft. Die imperialistischen Interessen sind stärker als der Abrüstungsgedanke. Welch ein Abstand zwischen den Verheißungen Wilsons und den bisherigen Resultaten des Völkerbundes! Arbeiter, auch erwacht daher die Pflicht, neuerlich zu demonstrieren gegen das Betrüben in allen seinen Formen, gegen den Militarismus, für die Friedenspolitik der Arbeiterklasse!

Rückgang der Erwerbslosigkeit.

Um ein Fünftel weniger Hauptunterstützungsempfänger als Anfang März.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosenfürsorge zeigt nach amtlicher Mitteilung auch in der zweiten Märzhälfte einen erfreulichen weiteren Rückgang, und zwar um 305 000 gleich 21,2 Proz. Zu berücksichtigen ist jedoch dabei, daß die Ausgeschiedenen, in der Kräftefürsorge der Gemeinden befindlichen Erwerbslosen hierin nicht enthalten sind. Da man leider annehmen muß, daß trotz der Belebung am Arbeitsmarkt noch eine beträchtliche Zahl langfristige Erwerbsloser aus der Unterstützung ausschleudert, ohne Arbeit zu finden, wird tatsächlich der Rückgang der Arbeitslosigkeit nicht ganz so hoch zu veranschlagen sein.

Trotzdem ist die Beförderung am Arbeitsmarkt unanfechtbar. Im einzelnen ist die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger in der Zeit vom 15. März bis 1. April 1927 von 1 222 000 auf 946 000 zurückgegangen, die Zahl der weiblichen von 214 000 auf 185 000, die Gesamtzahl von 1 436 000 auf 1 131 000. Die Zahl der Zuschlagsempfänger hat sich von 1 664 000 auf 1 297 000 verringert.

Der Gesamtrückgang in der Zahl der Hauptunterstützungsempfänger im Monat März beträgt 535 000 (1 696 000

Unter der Erdrosselung der Meinungsfreiheit leidet die Arbeiterbewegung in den Ländern ohne Demokratie. Keine Pressefreiheit, keine Versammlungsfreiheit, keine Organisationsfreiheit, diese Wahrzeichen des russischen Jantismus herrschen heute wieder über einen großen Teil Europas und in Rußland selbst! Tausende und Tausende politische Gefangene sitzen in den Kerker und Verbannungsorten, Tausende und Tausende politische Flüchtlinge erdulden das harte Los der Emigranten! Daher demonstrieren wir an diesem 1. Mai neuerlich

für die Wiederherstellung der politischen Freiheit und der Demokratie! für die Ermäßigung der politischen Verurteilungen und Gefangenen!

und wir begrüßen die Feier des 1. Mai zur Stärkung des Rotenrottsfonds, des Hilfsfonds für die Arbeiterbewegung der Länder ohne Demokratie.

Seit der letzten Maifeier ist im Kampf für die Verteidigung des Achtstundentages ein kleiner Fortschritt erzielt worden. Belgien hat die Konvention von Washington über den Achtstundentag ratifiziert. Aber noch immer leisten die großen Industrieländer Europas, vor allem England und Deutschland, passive Resistenz. Daher demonstrieren wir an diesem 1. Mai neuerlich

für den Achtstundentag für die Ratifikation des Abkommens von Washington!

Jahre um Jahre vergehen, aber der Kapitalismus erweist sich als unfähig, die Massenarbeitslosigkeit, die sein Weltkrieg erzeugt hat, zu beseitigen. Noch immer sind Millionen gesunder Menschen zu Unfähigkeit und Verelendung verdammt. Daher demonstrieren wir an diesem 1. Mai neuerlich für die Arbeitslosenfürsorge in allen Formen, für die Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, deren Wahnsinn sich im Schicksal der Arbeitslosen am sinnfälligsten offenbart.

Unter allen sozialpolitischen Forderungen sind die wichtigsten die Sicherung unseres Nachwuchses vor Verelendung, die Schaffung von Lebensbedingungen, die die körperliche und geistige Gesundheit der Jugend verbürgen. Daher demonstrieren wir am 1. Mai für Jugendschutz und Jugendrecht! Aber wir haben für die Jugend nicht nur zu sorgen, wir haben auch

Forderungen an die Jugend.

Soll das Werk, das die Arbeiterklasse unter den schwierigsten Kampfbedingungen in unendlichen Mühen und Opfern begonnen, zum siegreichen Ende geführt werden, so muß die neue Generation erfüllt sein mit sozialistischen Jugendidealen! Diese neue Generation, auf deren Kindheit das Elend des Krieges gelastet hat, die die Arbeiterbewegung zuerst kennen lernte in den Drangungen und Wirrungen der Nachkriegszeit, sie muß den Skeptizismus und den Kleinmut überwinden, sie muß die Erhabenheit des sozialistischen Endzieles erkennen, sie muß sich durchbringen zur Erkenntnis der gewaltigen Größe des Kampfes der Arbeiterklasse, die sich und die Menschheit befreit, sie muß in sich aufnehmen den Geist und den Opfermut der großen Vorkämpfer des internationalen Proletariats. Der Glaube an die sozialistische Massenmacht, der uns erfüllt, soll auch lebendig werden in den Herzen und Hirnen unserer Jugend, soll sie eingliedern in die siegreich fortschreitenden Kampfreihen der Sozialistischen Arbeiter-Internationale.

Das Bureau der Sozialistischen Arbeiter-Internationale.

Hauptunterstützungsempfänger am 1. März 1927 gegenüber 1 131 000 am 1. April 1927.

Ueber die Kräftefürsorge liegt eine neuere Zahl nicht vor, da diese nur in der Mitte jedes Monats festgestellt wird.

Land unterm Kreuz.

Polnische Protestnote.

Die polnische Regierung hat der Reichsregierung eine Protestnote gegen die Vorführung des Films 'Land unterm Kreuz' übermittelt. Die Note ist am Dienstag in Berlin eingetroffen und dürfte in den nächsten Tagen in ablehnendem Sinne beantwortet werden.

Kein Minderheitenschutz in Ostoberschlesien.

Kattowitz, 12. April. (M.B.) Die Schulkommission der deutschen Minderheitenschule in Breziz (Polnisch-Oberschlesien) plante für sämtliche Schulkinder einen Märchenabend mit Lichtbildervortrag. Statt des von den Behörden zugesagten polizeilichen Schutzes erschien eine Gruppe ehemaliger Injuranten, die derart lärmten und die Versammlungsteilnehmer bedrohten, daß die Veranstaltung abgebrochen werden mußte. Die Ermittlungen ergaben, daß es sich um von auswärts bestellte und für diesen Zweck bezahlte Elemente handelt.

Das Berufsausbildungsgesetz.

Grundsätzliche Bemerkungen zum Regierungsentwurf.

Der seit Jahren in Aussicht gestellte Entwurf eines Berufsausbildungsgesetzes liegt nunmehr vor. Er knüpft an alte Forderungen der Gewerkschaften, wie sie insbesondere der Gewerkschaftskongress in Nürnberg zur gesetzlichen Neuordnung des gesamten Lehrlingswesens aufstellte, an.

Das geltende Lehrlingsrecht ist nicht nur, wie das Arbeitsvertragsrecht, in zahlreichen Gesetzen verstreut, es erfüllt auch nicht seine große Aufgabe, umfassende Berufsausbildung zu gewährleisten und die jugendliche Arbeitskraft ausreichend zu schützen. Zu diesen großen Mängeln kommt erschwerend hinzu, daß für zahlreiche Gruppen überhaupt keine gesetzliche Regelung des Lehrverhältnisses besteht, ebenso die Berufsausbildung aller Jugendlichen außerhalb eines Lehrverhältnisses bisher überhaupt unberücksichtigt geblieben ist.

Die Notwendigkeit einer umfassenden gesetzlichen Neuordnung des gesamten Fragenkomplexes liegt am Tage. Es ist deshalb zu begrüßen, daß durch den vorliegenden Regierungsentwurf endlich die Möglichkeit besteht, an die Lösung der Aufgabe heranzugehen. Der Reichstag hat sich, dank der Initiative der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wiederholt für die baldige Einbringung dieses Gesetzentwurfes ausgesprochen; er wird nunmehr auch dafür zu sorgen haben, daß in der Verabschiedung keine unnötige Verzögerung eintritt.

Der vorliegende Gesetzentwurf will, nach den Erläuterungen seines Verfassers und ausgezeichneten Sachkennners, Ministerialrat Schindler, eine einheitliche, das gesamte Gebiet der Berufsausbildung Jugendlicher umfassende gesetzliche Regelung herbeiführen, die grundsätzlich davon absieht, für jeden einzelnen Berufsstand Sondervorschriften zu erlassen, sondern die sich darauf beschränkt, in Form eines Rahmengesetzes die allgemeinen Grundsätze festzulegen, und die im übrigen den gesetzlichen Berufsvertretungen, also der berufständischen Selbstverwaltung der Beteiligten die Durchführung des Gesetzes im einzelnen überträgt.

Zu einer umfassenden Regelung gehört auch die Neuordnung des Berufsschulwesens. Die Berufsschule ist die unentbehrliche Ergänzung der praktischen Berufsausbildung, häufig sogar der wichtigste Faktor in der Berufsausbildung. Bei dem engen Zusammenhang mit dem gesamten Schulwesen empfiehlt sich jedoch hier zweifellos eine gesetzliche Sonderregelung, so daß man der Tendenz des vorliegenden Entwurfs, sich auf die Regelung der Fragen der praktischen Berufsausbildung zu beschränken, durchaus zustimmen kann. Um so unverständlicher ist es aber, die Landwirtschaft und die landwirtschaftlichen Nebenbetriebe auszunehmen. Selbst wenn die Behauptung so richtig wäre, wie sie falsch ist, daß die Verhältnisse in der Landwirtschaft wesentlich anders liegen als in anderen Berufsgruppen, es könnte bei einem Rahmengesetz, das nur allgemeine Grundsätze festlegt und die Durchführung im einzelnen der Selbstverwaltung überläßt, kein Grund für eine Ausnahmebehandlung sein. Deshalb ist es auch gar nicht notwendig, die gesamte Berufsausbildung Jugendlicher in der Landwirtschaft durch ein besonderes Gesetz zu regeln. Das ist auch nur eine Ausrede, um die Einbeziehung zu verhindern. In Wirklichkeit erfolgt der Ausschluß aus den gleichen Motiven wie beim Arbeitsschutzgesetz: die Ausbeutung der Arbeitskraft in der Landwirtschaft soll nicht weiter eingeschränkt werden. Deshalb bleibt die Kinderarbeit in der Landwirtschaft im Arbeitsschutzgesetz unregelt und auch das Berufsausbildungsgesetz geht mit fadensteichigen Gründen an dieses düstere Kapitel vorbei.

Im Mittelpunkt der großen Streitfragen, die das Berufsausbildungsgesetz zu klären hat, steht die Notwendigkeit einer deutlichen Kennzeichnung des Lehrverhältnisses als eines Arbeitsverhältnisses, das auch der tariflichen Regelung in allen seinen Einzelheiten zugänglich ist, mit dem besonderen Ziele der Sicherung ausreichender Berufsausbildung. Der Lehrling erhält nicht das volle Äquivalent für seine Arbeitsleistung, hat aber dafür den Anspruch auf eine Bewertung seiner Arbeitskraft, die eine umfassende praktische Berufsausbildung gewährleistet. Zur Sicherung dieses wesentlichsten Inhalts des Lehrverhältnisses ist notwendig, daß Betrieb und Unternehmer die sachlichen und persönlichen Voraussetzungen für die Erfüllung dieser Aufgabe bieten. Deshalb bestimmt der Entwurf, daß Lehrlinge nur in Betrieben beschäftigt werden dürfen, die von der gesetzlichen Berufsvertretung, der Reichsregierung oder der obersten Landesbehörde als Lehrbetriebe anerkannt sind; der Entwurf enthält weiter Vorschriften über die persönliche Einigung des Arbeitgebers oder seiner Vertreter zur Berufsausbildung.

Das sind zweifellos bedeutsame Fortschritte gegenüber dem geltenden Recht. Mit dem hier aufgestellten Grundsatz ist es jedoch unvereinbar, daß die Reichsregierung oder die obersten Landesbehörden summarisch Betriebe bestimmter Art oder bestimmter Berufe oder Berufsgruppen dauernd oder auf Zeit als Lehrbetriebe zulassen können.

Zur Erreichung des Lehrzieles ist nicht nur notwendig, daß Betriebe und Unternehmer zuvor auf ihre Eignung für die Berufsausbildung geprüft sind, auch der Lehrling ist einer solchen Prüfung vor Eingehung des Lehrverhältnisses zu unterziehen. Der Entwurf macht auch hier den entscheidenden Schritt nach vorwärts. Damit dürfen aber auch alle erforderlichen sachlichen Voraussetzungen für die Erreichung des Lehrzieles gegeben sein. Der vorgesehene Ausbau des Prüfungswesens nach Beendigung der Lehre ist deshalb praktisch überflüssig. Durch die vorherige Prüfung wird von vornherein der Schaden verhütet, während die Abschlußprüfung nur den eingetretenen Schaden feststellen kann, wenn es bereits zu spät ist. Niemand denkt auch im Ernst daran, den eigentlichen Sinn dieser Abschlußprüfungen wieder aufleben zu lassen, daß nämlich die Berufsausbildung damit scharf abgegrenzt werden soll. Das hieße die fortschreitende industrielle Entwicklung leugnen. Damit ist aber auch ihre Überflüssigkeit erwiesen denn die Entwicklung der Technik kennt keinen Abbruch, sie fordert vielmehr ein ständiges Hinzulernen. Hieraus erwachsen ja erst die eigentlichen Probleme der Berufsausbildung unserer Zeit. Der Entwurf begnügt sich hier mit einigen arbeitsrechtlichen Schutzvorschriften, die den Kern der Dinge nicht berühren, in der Begrenzung des Entwurfs auch nicht berühren können.

Die arbeitsrechtlichen Bestimmungen über den Lehrvertrag bedürfen eines weiteren Ausbaues. Den gesetzlichen Berufsvertretungen muß deshalb die Pflicht auferlegt werden, das Lehrverhältnis in all seinen Einzelheiten zu regeln, soweit nicht günstigere tarifliche Vereinbarungen vorliegen. Der Regierungsentwurf verkennet die wichtige Funktion des Tarifvertrages auch auf diesem Gebiete und weist ihm deshalb eine ganz untergeordnete Rolle zu. Nach der gegenwärtigen Konstruktion des Entwurfs hängt alles von dem guten Willen der Unternehmer ab; die letzte Entscheidung liegt bei den obersten Landesbehörden. Das ist aber keine Selbstverwahrung, wie der Entwurf behauptet. Der vorgesehene Ausbau der Handwerks- und Handelskammern als Selbstverwaltungsorgane mit paritätischen Ausschüssen von Vertretern der Arbeitnehmer und Arbeitgeber genügt nicht. Vor allen Dingen muß aber auch die Gewerbe- und Handelsaufsicht eingehalten werden, wie auch die Betriebsvertretungen stärker heranzuziehen sind.

Der vorliegende Entwurf bedarf dieser wesentlichen Ergänzungen, wenn seine Absichten, eine qualitative Steigerung der Arbeitskräfte zu ermöglichen, verwirklicht werden sollen.

## Gewerkschaftsführer im Bürgerblock.

### In der Verlegenheit.

Die christlichen Gewerkschaftsführer fühlen sich im Bürgerblock nicht recht wohl. Sie sind besonders im Kampfe um das Arbeitszeitgesetz bei ihrer Anhängererschaft ziemlich in Miskredit gekommen und versuchen nun, ihre veränderte Position zu rechtfertigen. An der Tatsache, daß sie durch den Eintritt in die Bürgerblockregierung zu gewissen Rücksichten verpflichtet und so in der Befreiung der Arbeitnehmerinteressen ziemlich behindert sind, ist nicht zu rütteln. „Der Deutsche“ ist deshalb eifrig bemüht, durch Ausfälle gegen die Sozialdemokratie den Blick von dieser Tatsache abzulenken. In seiner letzten Ausgabe betont er „die Erdschwere wirtschaftlicher Realitäten“, zu der bei seinen Freunden die der politischen Realitäten hinzukomme, um den Beweis zu führen, daß auch die Sozialdemokratie, so lange sie in der Regierung und „mit Verantwortung beauftragt“ war, die Interessen der Arbeitnehmerschaft ebenfalls hinter die der Wirtschaft, der Allgemeinheit, zurückgestellt habe.

Der „Deutsche“ muß weit zurückgreifen, nämlich bis zur Sturm- und Drangperiode der ersten Nachkriegszeit, aus der er einen Ausruf der sozialistischen Regierung zitiert.

Der Versuch eines Vergleichs zwischen dem damaligen Verhalten unserer Genossen an leitender Stelle und dem jetzigen Verhalten der christlichen Arbeiterführer in der Rechtsregierung zeigt nur für die Verlegenheit, die ihnen aus ihrer heutigen Erdschwere erwachsen ist.

Das damalige Verhalten der sozialdemokratischen Führer, die den infolge der Kriegsverwilderung und des Kriegszusammenbruchs aus Rand und Band geratenen Massen Verunsicherung und Angst zu nehmen, ist für sie nur ehrenhaft, läßt sich aber beim besten Willen nicht vergleichen mit dem Verhalten Siegerwalds in der Abwehraktion gegen die Ueberstundennichtwirtschaft.

Auch heute noch rechnen die freien Gewerkschaften samt der Sozialdemokratie mit wirtschaftlichen Realitäten. Sie haben jedoch stets die Interessen der Arbeitnehmerschaft über die der wirtschaftlichen und politischen Reaktionen gestellt.

Wenn Siegerwald und der „Deutsche“ damals gelagt hätten, was der Ausruf der sozialistischen Regierung besagte, dann würde nicht — wie das Blatt behauptet — „der ganze sozialistische Blätterwald den kompletten Verrat für erwiesen halten“. Inzwischen aber sind einige Jahre ins Land gegangen, und was damals notwendig war, kann heute nicht als Freibrief für die Rücksichtnahme auf die Bürgerblockverbündeten der Christlichen gelten. Es muß Farbe bekant werden!

## Gefängnis für Kritik an der Justiz.

### Ein unbegreifliches Urteil.

Weimar, 12. April. (Eigener Drahtbericht.) Ein drakonisches Urteil verkündete am Dienstag das Jenaer Schöffengericht gegen den sozialdemokratischen Redakteur Konrad Finkelmeyer. Der Angeklagte Finkelmeyer halte nach der von uns mitgeteilten Freisprechung des wegen Meineids angeklagten nationalsozialistischen Abgeordneten Spiller Vergleiche mit dem Frieders-Prozess angestellt und dabei folgendes gesagt: „Diese Freisprechung ist geeignet, die Auffassung zu unterstützen, daß im Falle Frieders eine Rechtsbeugung vorgelegen hat.“ Finkelmeyer erklärte vor Gericht, nur eine im Volke verbreitete Meinung wiedergegeben zu haben.

Der Oberstaatsanwalt beantragte trotzdem zwei Monate Gefängnis mit der Begründung, die Justiz könne es sich nicht gefallen lassen, daß ihr „das Vertrauen“ untergraben würde. Das Gericht wollte von einer Aktion der thüringischen sozialdemokratischen Partei gegen die gesamte Justiz wissen und sah in der infamisierten Wendung einen Teil dieses teuflischen Planes. Weil also Finkelmeyer Funktionär der Partei ist, glaubte das Gericht die ungeheuerliche Strafe von sechs Wochen Gefängnis für den als Meinung wiedergegebenen Vorwurf der Rechtsbeugung ausprechen zu müssen. Gegen das Urteil wird selbstverständlich Berufung eingelegt werden.

Das Urteil des Jenaer Schöffengerichts ist weniger in formaler als in sachlicher Beziehung unbegreiflich. Der Oberstaatsanwalt in Jena konnte wissen, daß die Vertrauenskrise gegen die deutsche Justiz nicht von heute und gestern ist, sondern eine Folge von Urteilen, für die das Volk kein Verständnis aufbringen kann, weil sie gegen Angehörige verschiedener Parteirichtungen und bei gleichen Straftaten verschieden lauteten. Bis ins Reichsgericht hinein waltet die Praxis, hochverräterische Umtriebe von links anders zu werten als solche von rechts. Pflicht der Presse, die das Interesse der Öffentlichkeit wahrzunehmen hat, ist es, auf derartige Unstimmigkeiten hinzuweisen und ihren ganzen Einfluß dahin auszuüben, daß die Rechtsprechung besser wird und wieder das Vertrauen des ganzen Volkes verdient.

Dieses Verbrechen hat sich Genosse Finkelmeyer schuldig gemacht. Er hat für die Sauberkeit der deutschen Justiz gekämpft. Das Jenaer Gericht aber glaubt, die Sauberkeit der Justiz dadurch herzustellen, daß sie deren Vorkämpfer sechs Wochen lang ins Gefängnis sperrt.

Das ist eine Ungeheuerlichkeit, die an mittelalterliche Rechtsauffassungen erinnert. Dabei bleibt es ganz ohne Belang, ob der Vorwurf der Rechtsbeugung an sich als Beleidigung der Justiz gelten kann oder nicht. Wenn er erhoben wurde, so geschah das nur im Sinne einer sachlichen Kritik, für die ein feiner Veranlassungsbewußtes Richteramt auch dann dankbar sein müßte, wenn es den Vorwurf als zu weitgehend und zu verkehrt ansehen würde. Furcht vor Kritik aber ist noch nie als ein Zeichen der Klugheit und des guten Gewissens angesehen worden. Die Jenaer Richter haben der Standesehre des deutschen Richtertums einen denkbar schlechten Dienst erwiesen und dürfen sich nicht wundern, wenn durch ihr Urteil die Vertrauenskrise in der Justiz, von der ja selbst der frühere Reichsjustizminister Bell ebenso wie sein Nachfolger im Reichstag offen gesprochen hat, durch derartige Urteile verschärft, anstatt gemildert wird.

## Die deutschnationale Futterkrippenpolitik.

### Keudell auf Schieles Spuren.

Es erregte berechtigtes Aufsehen, daß der neue Reichsinnenminister v. Keudell nach der Verabschiedung des Etats die beiden führenden republikanischen Beamten, Staatssekretär Schulz und Ministerialdirektor Bricht, kurzerhand verabschiedet hat, um Reaktionsäre an ihre Stelle zu setzen. Keudell verfolgt damit nur weiter die Personalpolitik, die sein Kollege Schiele bereits betrieben hat, als er das Reichsinnenministerium bekleidete. Das „Berliner Tageblatt“ erinnert daran, daß Schiele als Reichsinnenminister nicht weniger als sieben rechtsgerichtete Beamte in das Innenministerium gebracht hat, und zwar den Ministerialrat Gährich und den Bruder des jetzigen Ministers v. Keudell. Jetzt hat der Innenminister v. Keudell den Sohn des Reichstagsabgeordneten Ballraf als Regierungsrat übernommen. Schiele hat ferner den überalterten Oberregierungsrat v. Glasenapp auf Privatdienstvertrag in sein Ressort übernommen, er hat die Regierungsräte Giulini und Giese in dieses Amt gebracht. Um nun noch den Assessor Konrad im Innenministerium unterbringen zu können, hat er sich sogar eine Regierungsratsstelle von einem Finanzamt überschreiben lassen. Er vertautet übrigens, daß der gleichfalls deutschnationale Oberregierungsrat Kuppert ebenso wie Regierungsrat Ballraf demnächst zu Ministerialräten avancieren sollen.

Diese Personalpolitik des Herrn v. Keudell ist außerordentlich interessant. Wie oft haben doch gerade die Deutschnationalen über Futterkrippenwirtschaft gejaset! Heute werden sie sich, vor aller Welt mit jeder gewünschten Deutlichkeit den Nachweis zu führen, daß ihnen die sachliche Eignung von Beamten nicht gilt, wenn sie nur reaktionäre Anwärter auf Beamtenstellen handesgemäß unterbringen können. Es macht ihnen auch nichts aus, wenn durch die außer Dienst gestellten Beamten die Zahl der Pensionäre und Wartgeldempfänger des Reiches vollkommen unnötig vermehrt wird. So werden die Deutschnationalen alle ihre schönen Grundfälle über Verd, mit denen sie bisher ihre Wahlen bestritten haben, von ihrer Praxis werden aber hoffentlich alle diejenigen Republikaner lernen, die, wo immer es sei, den notwendigen Einfluß haben, über Beamtenstellen zu verfügen.

## Niederschlesiens Not.

### Grzejnski im Waldenburger Revier.

Breslau, 12. April. (Eigener Drahtbericht.) Auf seiner Niederschlesienreise wollte der preussische Innenminister Grzejnski am Dienstag nachmittag in Waldenburg, wo im Rathaus eine Ausschussprache mit den Vertretern der Behörden und der Wirtschaft stattfand. Der Minister wies von sich aus auf die schwere Notlage hin, in der sich gerade der Waldenburger Industriebezirk befindet, von dessen Gesamtbevölkerung 70 Proz. Arbeiter sind. Hier gelte es, alle Kräfte zusammenzufassen, um Abhilfe zu schaffen. Das sei vor allem dringend nötig bei der furchtbaren Wohnungsnot des Bezirks, die geradezu einen Gesundheitsverfall der Bevölkerung zur Folge hat.

## Eine Minute.

### Von Erich Grisar.

Waren je Menschen verflaut, wie wir, Menschen dieses Jahrhunderts? Kein Brandmal schändet unsere Stirn, keine Kugel aus schwerem Metall hemmt unseren Schritt, kein Strick, keine Kette fesselt unsere Glieder, aber unsichtbar sind wir gebunden, enger gebunden, tiefer verflaut als je Menschen verflaut waren durch Menschen; denn wir sind gebunden, gefesselt, gezeichnet, verflaut durch die Zeit.

Unser Sklavenmeister ist die Minute. Ihr entrinnen wir nicht. An jeder Straßenecke, jedem Häuservorsprung, in unsern Taschen, am Arm unserer Freunde, selbst in unsern engen Stuben, steht eine Uhr, die jeden unserer Schritte bewacht. Der niemand entrinnt.

Was spürt nicht die Zeit, denkst du. Was kümmern mich Uhren. Ich bin frei. Das sagt sogar die Verfassung.

Aber wage es nur, morgens, wenn der Wecker rasselt, den löstlichen Augenblick des Erwachens auszukosten; wage es nur zu sagen: eine Minute... Du wirst sehen, wie gebunden du bist, wie das unsichtbare Band dich bindet.

Du verschaffst die Zeit deines Aufbruchs. Ohne Kaffee, ohne Brot mußt du aus dem Hause, um den Vorzug noch zu kriegen. Das ist deine erste Strafe. Aber in der Eile hast du vergessen, die Tasse zu schließen. Eine Erfüllung ist deine zweite Strafe. Dann kommst du zum Bahnhof. Der Zug, der dich fortbringen soll, an deine Arbeit sieht bereit. Doch wie du den Bahnsteig erreichst, байна er zu fahren. Du rennst hinter ihm her, du erreichst ihn, schon willst du aufspringen, da fühlst du dich gehalten. Du drehst dich um und mußt dem Beamten, der dich hielt, noch dankbar sein dafür, daß er dich nicht anzeigt. Ja, er beweist dir, daß du ohne ihn jetzt schon Gegenstand einer Zeitungsnotiz wärest. Unter Neues vom Tage.

Eine Minute, denkst du und fluchst.

Der nächste Zug erst bringt dich zur Arbeit. Du läufst, um die verlorene Zeit einzuholen. Eine Minute denkst du, dann bist du da. Da bläst die Sirene. Schneller noch läufst du, und doch erreichst du nur ein verschlossenes Tor. Der Portier läßt dich nicht mehr hinein.

Eine Minute Verpätung sagt er. Das ist erlaubt. Aber keine Sekunde darüber.

Er hat seinen Befehl.

Der Tag ist verloren für dich. Verloren der Arbeit. Ausgestrichen aus deinem Leben; denn du wirst die den ausgefallenen Verdienst abdrucken müssen. Und am nächsten Morgen bist du der erste im Werk. Gehorcht du der Uhr. Bist du der Sklave einer Minute.

Oder aber du bist arbeitslos und suchst Arbeit. An jedem Morgen drängst du dich vor dem Aushang der Zeitungen. Aber der

Andrang ist groß und ehe du herankommst, ist eine Minute vergangen. Diese eine Minute bestimmt über dein Leben. Denn ein anderer bekommt die Stelle, die du erhofftest. Dir bleibt nichts als der Strick, oder du fliehst und kommst ins Gefängnis.

Die Uhr eines Streckenwärters geht eine Minute zu spät. Zwei Züge rasen zusammen. Sein Leben und das hundert Menschen ist vernichtet durch die eine Minute.

Eine Minute. Sie ist die Herrin. Sie hält dich gefesselt wie feiner und keiner. Ihr Gefangener bist du.

Eine Minute zu spät oder zu früh entscheidet dein Leben. Eine Minute entscheidet das Schicksal der Welt. Aber es rückt auch heran in der endlosen Zahl der Minuten eine, da wird verkündet ein Mensch die Freiheit der Armen. Und nur das Bewußtsein für diese eine zukünftige Minute zu leben, hilft dir hinweg über das unfähige Gefühl der Bedrückung durch den Sklavenmeister dieser, deiner Zeit.

Eine Minute.

## Stresemann redet:

Wie jurist: von oben nach unten — auf dem Parteitag.  
Dann: von links nach rechts — im Reichstag.

Mein Mund dich wirklich gerne

Du alter, liberaler Geist! Sprecht!

Nis dieses Staates Fundament

kennt.

Die deutsche Freiheit längt man

Gar arg im Vaterland es hände.

Wenn überall Jenur man lände.

Ein Bivat hoch, daß laut es tracht

Der deutschen Freiheit sel gebracht!

Du ultralichwarzes Konfodrat!

Um dich ist es gewiß nicht schad!

Das blau-schwarz Band sich oft

kennt.

Als Bürgerkrieg für jeden Geist.

Ohn-solchen-Schul- und Studiertrag

Enthoben wären wir mancher Plag.

Dem liberalen Konfodrat

Wie stets ein kräftig Perent!

Arthur Vollmer gestorben. Einer von der alten Garde des preussischen Staatsbeamten ist mit Arthur Vollmer dahingegangen. Seit dem Jahre 1874 gehörte er ihm an. Wenn er auch lange Zeit brauchte, um in seiner vollen Bedeutung erkannt zu werden, so hat er doch — einmal im Sattel — bei allen Kennern dauernd den Ruf als erster Charakterkomiker dieser Bühne behauptet. Sein Repertoire war von größter Vielfältigkeit: von Schatepeare bis zu Wildenbruch (Quignow), vom „Revisor“ bis zur „Frau vom Reere“. Immer war Vollmer ein treuer Diener seiner Rolle, der nicht auf den bloßen Effekt hin spielte, sondern ihren wahren Gehalt verlorperte. Der Künstler, der bereits aus einer Künstlerfamilie stammte, war am 2. März 1849 in Königsberg geboren, hatte das Konseratorium in Leipzig besucht und sich dann dem Theater zuwenden. Vier Jahre Prager Tätigkeit stehen seine Begabung fürs Komische zeilen. Seit zehn Jahren hatte Vollmer der Bühne entsagen müssen, nachdem er noch kurz zuvor sein vierzigjähriges Bühnenjubiläum gefeiert hatte. Er starb in Ballenstedt, wo er seine letzten Jahre verbrachte.

Verlegung des Instituts für Menschheitskunde. Wegen der durch den Neubau des Opernhauses unter den Linden eingetretenen

Einsturzgefahr des neuen Universitätsgebäudes müßten jetzt die Sammlungen des Instituts für Menschheitskunde in das Institut für Sexualwissenschaft (In den Jellen 10) verlegt werden. Es ist beabsichtigt, aus der derzeitigen Auslastung allmählich ein großes Museum für Geschlechts- und Menschheitskunde erwachsen zu lassen. Die Sammlungen stehen dem Publikum nach Anmeldung zu verabredeten Zeiten offen. Die Besichtigung ist jedoch nur in Form methodischer Führungen mit sachkundigen Erläuterungen gestattet. — Die Sammlungen finden ihre Ergänzung in der Spezialbibliothek des Instituts für Sexualwissenschaft, deren Arbeitsplätze während des Sommers den wissenschaftlich arbeitenden Besuchern wochentäglich von 3—8 Uhr nachmittags unentgeltlich zur Verfügung stehen.

Die Bonner Beethoven-Feier. An dem großen deutschen Beethoven-Fest in Bonn vom 21. bis 30. Mai werden Vertreter der Reichs- und Staatsbehörden, an ihrer Spitze Reichsminister Graf, ferner Vertreter der österreichischen Regierung teilnehmen. Das gesamte diplomatische Korps in Berlin ist dazu eingeladen. Der Andrang zu dem Musikfest ist außerordentlich stark. Die Konzerte werden infolgedessen doppelt aufgeführt werden. Neben dem Musikfest ist am Sonntag, dem 22. Mai, eine Feier vor dem Beethoven-Denkmal und im Anschluß hieran ein Festakt in der Beethoven-Halle vorzulegen.

Remoniten in Paraguay. Die argentinischen Zeitungen kündigen die Ankunft einer aus zweihundertvierzehn Köpfen bestehenden Remonitengruppe in Buenos Aires an. Diese kommen aus Saskatchewan in Kanada, um sich im Chaco von Paraguay niederzulassen, wo ihnen zu günstigen Bedingungen Ländereien zur Verfügung gestellt worden sind. Insgesamt gibt es heute rund 250 000 Remoniten, von denen 18 000 in Paraguay leben. Sie teilen ihren Namen von dem Holländer Remno Simons ab, der dieser Seite das „Fundamentallbuch“ gegeben hat; dieses verurteilt den Eid, den Arien und jede Art von Rache, die Eheheidung und die Uebernahme obrigkeitlicher Ämter. Die Obrigkeit wird zwar als notwendig, aber durchaus unchristliche Einrichtung angesehen. Bemerkenswert ist die Geschlossenheit, die sie im Lauf der Jahrhunderte bewahrt haben; ihre Ueberzeugungstreue, mit der sie, umgeben von den ganz anders gerichteten Tendenzen der modernen Zivilisation, an ihrer Lehre festhalten und alle Handlungen verweigern haben, die sie in Widerspruch zu ihrer Lehre gesetzt hätten. So pflegen sie konsequent jeden ihnen auferlegten Eid zu verweigern, wie sie auch niemals für erlittene Unrecht Rache üben oder einen Dienst übernehmen, außer Schulunterricht und Kunsthandlungen.

Der neue Generaldirektor der Berliner Museen. Das Preussische Staatsministerium hat auf Vorschlag des Kultusministers Veder dem Ministerialrat Dr. Wilhelm Baehold zum 1. Oktober 1927 zum Generaldirektor der staatlichen Museen in Berlin ernannt.

Die europäische Lebensform. Am Dienstag wurde die europäische Lebensform in Basel geschlossen. Am Verlauf der Verhandlungen wurde die Einsetzung eines ständigen Arbeitsausschusses, bestehend aus drei Vertretern, mit Sitz in Basel beschlossen. Deutschland ist durch Gähler-Berlin vertreten.

Theaterkonzert. Am Theater im Admiralspalast wird an beiden Osterfesttagen die Revue „Viva la femmo“ nachmittags um 3 Uhr zu halben Preisen aufgeführt.

## Das Budapester Standgericht unzuständig! Der Rechtsstandpunkt der Verteidigung anerkannt!

Budapest, 12. April. (Eigener Drahtbericht.) Zum heutigen Beginn des Standgerichtsprozesses gegen Szanto und 31 Genossen waren die Strafen der Umgebung von Truppen abgesperrt. Bezeichnend ist, daß der Henker mit seinen Anseherin und mehrere Geistliche sich bereits am Montag beim Staatsanwalt gemeldet haben und von ihm für den Fall der Verurteilung in Bereitschaft gehalten werden.

Unter den Angeklagten fehlt Eduard Rubin. Der Staatsanwalt behauptet, daß er geflohen sei, die Angeklagten behaupten aber ganz entschieden, daß er inzwischen zu Tode gemartert worden sei. Im übrigen widerriefen die Angeklagten am Dienstag ihre Geständnisse. Infolgedessen müssen jetzt doch noch Zeugen verhört werden, so daß für die Verhandlung drei Tage kaum ausreichen dürften. Die Anklage lautet auf Aufruhr, ohne daß sie mit irgendwelchen Taten der Angeklagten begründet wäre. Die Staatsanwaltschaft begnügt sich vielmehr mit dem Hinweis, daß die kommunistische Partei, also die kommunistische Bewegung durch die Sitzungen ihrer Internationals als bewaffnete Bewegung bezeichnet wird und auch das kommunistische Manifest (!) die Gewalt verkündet.

Die Verteidiger bestritten sofort die Zuständigkeit des Standgerichts. Szanto und seine Mitangeklagten hoben bei ihrer Vernehmung hervor, daß sie in der Untersuchungshaft nur ein Geständnis abgelegt hätten, weil verschiedene der Mitangeklagten mißhandelt worden seien, deren Geständnisse ihnen als Beweis vorgelegt wurden.

Die Verteidiger mit Professor Dambéry an der Spitze begründeten ihre Ansicht der Zuständigkeit des Gerichts damit, daß nur für den Versuch des Hochverrats, aber nicht für dessen Verabredung das Standgericht zuständig sei. Nach zweifelhafter Beratung schloß das Gericht sich diesen Rechtsauffassungen an, erklärte sich für unzuständig und verwies die Sache an das ordentliche Gericht. Dadurch sind die Angeklagten der Alternative „Todesurteil oder Freispruch“ entzogen.

Die Verteidiger hätten auch das Verschwinden des Rubin auf. Er ist nämlich Polizeispiegel gewesen und darum aus der Haft entlassen worden.

## Der litauische Sejm aufgelöst.

### Infolge Todesvotums gegen die Reichsregierung und ohne Ansetzung der Neuwahl.

Riga, 12. April. (Eigener Drahtbericht.) Im litauischen Sejm wurde am Dienstag das Mißtrauensvotum gegen die Regierung Woldemaras wegen der verfassungswidrigen Verhaftung des Abg. Dr. Pajausis mit 45 gegen 20 Stimmen angenommen. Der Staatspräsident hat darauf den Sejm für aufgelöst erklärt, ohne gleichzeitig die Neuwahl anzusetzen. Die oppositionelle Mehrheit bestand aus den Sozialdemokraten, den Volkssozialisten und den nichtlitauischen Abgeordneten.

Weber den Verlauf der Sitzung wird berichtet: Die Kommission, die in der letzten Sitzung gewählt worden war, und die prüfen sollte, ob die Verhaftung Dr. Pajausis zu Recht erfolgt war, stellte sich in ihrer Mehrheit auf den Standpunkt, daß die Verhaftung zu Unrecht erfolgt sei. Ministerpräsident Woldemaras vertrat den entgegengesetzten Standpunkt. Bald nach der Abstimmung übergab der Ministerpräsident dem Sejmpräsidenten den vom Staatspräsidenten unterzeichneten Erlaß über die Auflösung des Sejms, den der Sejmpräsident am Schluß der Sitzung verlas. In diesem Erlaß wird erklärt, daß

### Neuwahlen durch einen besonderen Erlaß

ausgeschrieben werden sollen. Die Erklärung der nationalen Minderheiten zur Begründung ihrer Abstimmung besagt, daß die memelländischen Deutschen, die jüdische und die polnische Fraktion jegliche verfassungswidrige Handlung verurteilen, gleichviel, wer sie begeht. Im Hinblick auf die Tatsache, daß die jetzige Regierung sich über die Beschlüsse des Sejms hinwegsetze, würden die genannten Fraktionen für das Mißtrauensvotum stimmen.

In der Sitzung hatte Woldemaras auf die Anfrage der Remeländischen Deutschen Fraktion über den Kriegszustand und die Zensur im Remelgebiet erklärt, daß dieser Zustand nach seiner Ansicht aufrecht erhalten werden müsse.

## Der Colmarer Autonomistenprozeß.

### Sperrenhaftes Ende: Freispruch nach Klagezurückziehung. — Allgemeine Verbrüderung.

In Colmar i. Elsass spielte sich in den letzten Tagen ein sogenannter Autonomisten-Prozeß ab. Der bekannte elssässische Meritale Voltarier und Journalist Dr. Haegy, früherer Reichstagsabgeordneter, hatte gegen einen Journalisten des Pariser „Journal“ eine Verleumdungsklage angestrengt, weil ihn das Blatt beschuldigt hatte, von deutschem Gelde bestochen zu sein. Optimisten hatten gehofft, daß der Prozeß eine Klärung über die Autonomiebewegung in Elsass-Lothringen bringen werde. Im Laufe der Zeugenvernehmung standen sich die politischen Ansichten über die Beweggründe der Autonomiebewegung scharf gegenüber, je nachdem ob die Zeugen aus dem Elsaß oder aus Paris stammten. Am Dienstag fand der Prozeß ein überraschendes und dramatisches Ende. Der Generalstaatsanwalt beantragte den Freispruch des angeklagten Pariser Journalisten und appellierte an die Vaterlandsliebe des Privatklägers Haegy. Unter ungeheurer Bewegung, dem Gesang der Marsellaise und Hochrufen auf Frankreich, ließ sich Haegy dazu bestimmen, die Klage zurückzuziehen. In einer allgemeinen Verbrüderungsumgebung wurde der Freispruch verkündet. Die politische Frage, die dem Prozeß zugrunde lag, hat keine Klärung erfahren.

## Zaniboni geht aufs Ganze.

Mailand, 12. April. (Eigener Drahtbericht.) In dem am Montag begonnenen Prozeß gegen den wegen versuchten Attentats auf Mussolini angeklagten Abgeordneten Zaniboni, erklärte der Angeklagte, von dem Vorstehenden zu einer Aeußerung aufgefordert: „Ich erkläre, daß ich die Wölfe hatte, Mussolini, den Führer des Faschismus, aus dem Wege zu räumen. Wenn die Polizei am 4. November 1924 nur einige Minuten später (?) gekommen wäre, bin ich sicher, daß ich mein Vorhaben durchgeführt und mein Ziel getroffen hätte. All das habe ich getan, um die Gewalt und die Führung des Staates wieder an den rechtmäßigen Inhaber übergeben zu können. Ich hatte gehofft, daß dem Väterchen die Milderheit und die Wiederherstellung der Macht des Königs folgen würde. Der König aber ist der oberste Herr im Staate und ich habe niemals gegen den König gearbeitet.“

# Dokumente zum Zusammenbruch.

## Erinnerungen des Prinzen Max von Baden.

Sieben erscheint, fast neun Jahre nach dem militärischen und politischen Zusammenbruch des alten Systems, bei der Deutschen Verlagsanstalt, Stuttgart, ein dicker Erinnerungsband des Prinzen Max von Baden, des letzten Kriegskanzlers der kaiserlichen Zeit. Diese Veröffentlichung sollte ursprünglich eine Art Rechtfertigungsschrift vor der Welt und den Nachlebenden sein, sie sollte die besondere Tätigkeit des Kanzlers aus einem souveränen Fürstengeschlecht darstellen, sie ist aber unversehens zu einem umfassenden Quellenwerk über die Vorgeschichte des Zusammenbruchs geworden. In der politischen Geschichtsschreibung wird sie zweifellos noch eine bedeutende Rolle spielen.

Von besonderem Interesse sind die Aufzeichnungen, soweit sie die letzten Tage des alten Regimes betreffen. Max von Baden trat am 1. Oktober 1918 in Berlin ein, nachdem er den Ruf erhalten hatte, in letzter Not die Bildung einer Regierung zu übernehmen. Das erste, was vorlag, war die Aufforderung der Obersten Heeresleitung, es müsse sofort ein Friedens- und Waffenstillstandsangebot an Wilson gerichtet werden. Der Prinz hatte sich von vornherein dagegen erklärt, daß man ein überstürztes Angebot mache, weil das nach seiner Meinung die militärische Kapitulation einschließe. Er wollte wenigstens einige Tage Zeit gewinnen, um die neuzubildende Regierung mit einiger Autorität auszugestalten.

Aber noch am gleichen Tage, da er von Dessau her in Berlin anlangte, wurde ihm das folgende bekannte Telephonat des Feldmarschalls Hindenburg vorgelegt, das am Mittwoch in Berlin angekommen war:

„Großes Hauptquartier, 1. Oktober 1918. 1.30 Uhr nachts, angekommen 2 Uhr nachmittags.“

Wenn bis heute abend 7 bis 8 Uhr Sicherheit vorhanden ist, daß Prinz Max von Baden die Regierung bildet, so bin ich mit dem Aufschub bis morgen vormittag einverstanden. Sollte dagegen die Bildung der Regierung irgendwie zweifelhaft sein, so halte ich die Ausgabe der Erklärung an die fremden Regierungen heute nacht für geboten.

Dieses Drängen der Obersten Heeresleitung, die bisher alle Autorität für sich in Anspruch genommen hatte, erschien dem prinzipialen Kanzlerkandidaten so ungeheuerlich, daß er sofort dem Chef des Zivilkabinetts, v. Berg, erklärte, er könne die Kanzlerschaft nicht annehmen und das Waffenstillstandsangebot nicht unterzeichnen. Man habe ihn erst gerufen, nachdem es zu einem solchen Bankrott gekommen war und er solle nun seinen Namen und sein Ansehen hineinwerfen, um noch zu retten, was noch zu retten ist.

Rückschauend sagt Max von Baden über den Beherrscher der Obersten Heeresleitung und der Regierung:

„Glaubte denn der General Hindenburg, daß er Befehlsgewalt über God und Wilson hätte, wie er sie in diesem Augenblick über die Berliner Regierung beanspruchte? Das Friedensangebot vom Dezember 1916, die Juniresolution, die Rühlmann-Rede, alle öffentlichen Friedensfähler waren der Obersten Heeresleitung bisher ein Greut gewesen, weil sie „die Moral des Feindes stärkte, die unsere schwächte“. Wenn das richtig war, dann mußte ja der geplante Hilschrei dazu führen,

daß unser Millionenheer die Waffen wegwarf und die Meute der Feinde jubelnd zur Todesstube antrat.“

Max von Baden gibt eine sehr lebendige Schilderung von dem weiteren Verlauf dieses Ringens mit der Obersten Heeresleitung, d. h. mit Hindenburg und Ludendorff, die alle Versuche, die Hinausgabe des Waffenstillstandsangebots noch um einige Tage zu verzögern, entweder scharf ablehnten oder durch ausweichende Bemerkungen die Verantwortung für das Kommando auf die Berliner Regierung zuwälzen schienen. Alle telephonischen, telegraphischen oder schriftlichen Antworten aus dem Hauptquartier endeten immer wieder mit der Bemerkung, daß die Lage sich täglich verschärfe und die Oberste Heeresleitung zu schwerwiegenden Entschlüssen zwingen könne. Noch am 3. Oktober schrieb Hindenburg persönlich an den Prinzen den ebenfalls bekannten Brief, in dem es zum Schluß hieß:

„Unter diesen Umständen ist es geboten, den Kampf abzubrechen, um dem deutschen Volke und seinen Verbündeten nutzlose Opfer zu ersparen. Jeder vergebliche Tag kostet Tausenden von tapferen Soldaten das Leben.“

Noch schlimmer als die Zeit des Ringens mit Ludendorff und Hindenburg war die Periode, die sich mit der notwendigen Abdankung des Kaisers beschäftigte. Die vollkommene Unfähigkeit Wilhelms II., den Ernst der Lage zu erkennen, die Entschlußlosigkeit dieses sogenannten Monarchen treiben — man fühlt das zwischen den Zeilen — seinem Vetter aus Baden noch heute die Schamröte ins Gesicht.

Was da zwischen Berlin und dem Hauptquartier in Spa hin und her telephoniert, telegraphiert, versprochen und widerrufen wurde, das mutet zwar heute an wie ein Treppenvieh der Weltgeschichte. Aber es leuchtet doch hinein in eine Periode der furchtbarsten körperlichen und seelischen Anspannung aller derer, die ernsthaft noch die Erhaltung der monarchischen Staatsform für notwendig hielten und dieses Ideal zerbrechen sahen an der persönlichen Unzulänglichkeit des Mannes, den man auch mit den größten Schmeichelfreden nicht dazu bewegen konnte, endlich einmal etwas „Königliches“ zu tun.

Erst als das von Hindenburg und Ludendorff so leidenschaftlich geforderte, von dem prinzipialen Kanzler als übereilt und verheerend angesehenes Waffenstillstandsangebot seine unsehbare psychologische Wirkung im Volke getan hatte, erst als die Wellen der Revolution über Deutschland fluteten, und erst, als Max von Baden selbst die Abdankung des kaiserlichen Veters durch Wolffs Bureau hatte verbreiten lassen, da entfloß Wilhelm über die holländische Grenze. Das war das Ende des Brunnstüdes, das dieser Hohenzoller dem deutschen Volke vorgespielt hatte und das in einem Meer von Blut ertrank!

Die Erinnerungen des Prinzen Max von Baden sind mehr als eine Rechtfertigungsschrift für ihn selbst. Sie sind eine neue Widerlegung der „Dolchstoß“-Legende; mit der die deutschen Nationalisten jahrelang sich selbst und andere betrogen haben.

## Dr. Koldin wird deportiert.

Jansbruc, 12. April. (W.B.) Hier heute eingetroffene private Nachrichten besagen, daß das Innenministerium die Berufung Dr. Koldins gegen seine Zwangsverschickung abschlägig beschieden hat. Das Urteil des Präsidenten Baccari von Trient ist damit rechtskräftig geworden.

## Der Jangtse noch kantonisch.

### Neuer meldet Kantonier Vorgehen gegen Kommunisten und Gewerkschaften.

London, 12. April. (Eigener Drahtbericht.) Die letzten aus China eingetroffenen Meldungen lassen erkennen, daß es den Nordtruppen doch noch nicht gelungen ist, den Jangtse zu überschreiten und die Kantonnarmee noch im Besitze der Eisenbahnlinie Schanghai—Nanking ist.

Das halbamtliche britische Nachrichtenbureau verbreitet eine Meldung aus Schanghai, nach welcher der dortige Militärkommandeur mit der Entwaffnung der Mitglieder der Arbeiterunion begonnen habe. Drei Gewerkschaftsbureaus seien von bewaffneten Mitgliedern der Kantonnarmee in Zivilkleidung (!) besetzt worden, wobei 15 angeblich bewaffnete Gewerkschaftler getötet und 600 nach Entwaffnung verhaftet worden seien, darunter auch der Führer der Kommunisten von Schanghai. Die Truppen hätten bei dieser Gelegenheit bedeutende Waffenvorräte, darunter sieben Maschinengewehre, erobert. Das Hauptquartier der Arbeiterunion sei weiterhin besetzt, ebenso die Gewerkschaftsgebäude in Hangschau.

Aus der gleichen Quelle wird gemeldet, daß nunmehr vor Schanghai die größte internationale Kriegesflotte

liegt, die jemals in chinesischen Gewässern angetroffen worden ist. Sie umfaßt 171 Kriegsschiffe mit 8 Admiralen, wovon 3 amerikanische und englische und je ein französischer und japanischer. Von den Kriegsschiffen seien 76 britische, 48 japanische, 30 amerikanische, 10 französische, 4 italienische Kriegsschiffe. Außerdem wird je ein spanisches, portugiesisches und holländisches Kriegsschiff gemeldet. Dazu kommen 30 weitere Hilfsschiffe als Truppentransporte, Lazarett-, Kohlen- und Tankschiffe. Von den Kriegsschiffen sind 48 direkt vor Schanghai stationiert, die 8 verschiedenen Nationen angehören. Die japanische Regierung hat inzwischen 4 weitere Kreuzer in die chinesischen Gewässer entsandt.

## Was wird aus den Reparationen?

### Rechtsregierung und Dawes-Pfand.

Die „Deutsche Zeitung“, das Organ der Mitteldeutschen Reichsregierung, hat in ihrer gestrigen Morgenausgabe in sensationeller Aufmachung, daß sie „aus unbedingt zuverlässiger Quelle“ erfährt, eine neue — natürlich höchst geistreiche — „Reform“ der „Erfüllungspolitik“ geplant sei. Danach soll die Reichsregierung, neben anderem, beabsichtigen, die Reichspost in eine Aktiengesellschaft, ähnlich der vereinständigsten Reichsbahngesellschaft, umzuwandeln, und zwar schon zum

1. Oktober 1927; ferner soll die Einführung eines Tabakmonopols, die Erweiterung des Spiritusmonopols und eine stärkere Befastung des Zuckers zu Reparationszwecken vorgesehen sein. Die zuständigen Regierungsstellen erklären übereinstimmend, daß an den sensationellen „Enthüllungen“ des alldeutsch-völkischen Organs auch nicht ein Wort wahr sei. Dennoch fällt es schwer, dem amtlichen Dementi zu glauben, daß sich die „Deutsche Zeitung“ einen verspäteten Aprilscherz geleistet habe oder daß die Dinge vollständig aus der Luft gegriffen seien. Wie erst durch die jüngst erfolgten Beamtenbesetzungen wieder mit aller Deutlichkeit erwiesen wird, legt die Reichsregierung den größten Wert auf intime Beziehungen auch zu dem radikalen Flügel der Deutschnationalen. Man wird demnach vermuten können, daß die Meldung tatsächlich aus „unbedingt zuverlässiger Quelle“, nämlich aus einem der Ministerien, stammt, und daß sie, wenn auch in Einzelheiten absolut unrichtig, den Inhalt vertraulicher Konversationsbesprechungen wiedergibt, die formell durchaus mit Recht, jederzeit dementiert werden können.

Es wäre jedenfalls nicht verwunderlich, wenn man sich im Reichsfinanzministerium schon jetzt Gedanken darüber machte, wie die in den nächsten zwei Jahren stark wachsenden Reparationsverpflichtungen des Reiches im einzelnen neu zu verteilen sind. Aus Mitteln des Reichsetats sind im fünften Dawes-Jahr, das während des nächsten Etatsjahres — 1928/29 — beginnt, allein 1250 Millionen Mark aufzubringen, gegenüber „nur“ 500 Millionen im vierten Dawes-Jahr, dessen Belastung im eben verabschiedeten Reichsetat 1927/28 noch nicht voll in die Erscheinung tritt. Es ist fraglich, ob man die ganze Summe aus dem Steuersystem in seiner jetzigen Reform auf die Dauer herausheben kann. Eine Reform des Dawes-Planes und der Lastenverteilung oder gleich beider Gebiete ist früher oder später nicht zu vermeiden.

Die „Deutsche Zeitung“ scheint allerdings über die Absichten der Reichsregierung, die natürlich heute noch nicht spruchreif sind, nur recht mangelhaft orientiert zu sein, denn was sie vordringt, ist reichlich ungerichtet Zeug. An eine Mehrbelastung des Branntweins ist unter der gegenwärtigen Regierung nicht zu denken; beim Zucker ist da eine neue Zollbelastung unmöglich, zum Ausgleich eher ein Abbau der Steuern zu erwarten. Die Einführung eines Tabakmonopols ist zum mindesten unwahrscheinlich, und eine weitere „Privatisierung“ der Reichspost, die schon reichlich autonom wirtschaftet, wäre wohl auch überflüssig. Von der „Sensation“ der „Deutschen Zeitung“ bleibt also, bei richtiger Ueberlegung und bei entsprechender Würdigung der Regierungsdementis, nicht viel mehr übrig, als der Eindruck, daß die alldeutsche Presse durch vorzeitiges Rabau-machen und hysterisches Geschrei die Möglichkeiten für eine ruhig und planmäßig durchzuführende Reform der Dawes-Verpflichtungen zu sabotieren bemüht ist.

Ein abgemendeter Fürstenaufmarsch. Wir berichteten von dem famosen Adopthohn der Herzogin Dorothea Marie zu Schleswig-Holstein, der, um sich zu bereichern, gegen das Vermögen seiner Pflegemutter Konfurs angemeldet hatte. Nachdem die Sache bis zum Oberlandesgericht Breslau gegangen ist, wurde der Konfurs aufgehoben. Das habgierige Pringlein hat das Nachsehen.

## Tagung der Polizeibeamten.

### Um das neue Polizeibeamtengesetz.

Der Allgemeine Preussische Polizeibeamten-Verband hält vom 12. bis 13. April in Berlin seinen ordentlichen Vertretertag ab. Der gestrige Eröffnungstag wohnt eine Reihe von Vertretern der preussischen Behörden, des Reichstages und Preussischen Landtags bei, von denen insbesondere der Landtagsabgeordnete Genosse Heilmann und der Reichstagsabgeordnete Genosse Künster in ihren Begrüßungsreden das starke Interesse der Sozialdemokratischen Partei an den Schicksalen der Beamten betonten. Die Ausführungen dieser Redner, die besonders die Verbundenheit der Beamten mit den Arbeitern und Angestellten als eine zwingende Notwendigkeit bezeichneten und das Verdienst gerade der preussischen Polizei um die Erhaltung und Festigung der Republik in den Vordergrund stellten, wurden mit stürmischem Beifall aufgenommen.

Im Mittelpunkt der Tagung des gestrigen Vormittags standen das Referat des ersten Vorsitzenden des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes, Falkenberg, über

### „Bedeutung, Aufgaben und die Zukunft der freigewerkschaftlichen Beamtenbewegung“

und der Vortrag des Polizeiobersten a. D. Dr. Schüßinger über „Das neue Polizeibeamtengesetz“. Anschließend an das Referat Falkenbergs, der vor allem für ein enges Zusammengehen der Beamten mit den Arbeitern und Angestellten in allen Fragen sprach und sich dafür einsetzte, daß den in großer Zahl vorhandenen befähigten unteren Beamten nicht der Aufstieg in höhere Gruppen versperrt wird, fand folgende Entschließung einstimmige Annahme:

„Der am 12. April in Berlin tagende Vertretertag des Allgemeinen Preussischen Polizeibeamten-Verbandes erblickt in der republikanischen Gesinnung der Beamten nicht nur seine eigene Basis und begnügt sich nicht nur damit, sich „auf den Boden der gegebenen Tatsachen“ zu stellen, sondern sieht in innerer Einstellung im Sinne und Geiste zum neuen Staat und seiner Verfassung.“

Der Vertretertag protestiert gegen die Tatsache, daß oftmals mit geradezu raffinierten Mitteln versucht wird, ehrliche Republikaner in der Beamtenschaft klein zu kriegen und unmöglich zu machen.

Die im Allgemeinen Preussischen Polizeibeamten-Verband zusammengeschlossenen Polizeibeamten werden stets bestrebt sein, eine wahre Volkspolizei zu werden und sich das volle Vertrauen der gesamten republikanischen Bevölkerung zu erwerben. Sie erwarten, daß sie von der gesamten werktätigen Bevölkerung in ihrem Bestreben unterstützt werden und daß man ihren berechtigten Kampf um die Sicherstellung ihrer rechtlichen, dienstlichen und beförderungstechnischen Interessen das notwendige Verständnis entgegenbringt.“

### Zu dem Vortrag des Genossen Schüßinger über das neue Polizeibeamtengesetz

wurde ebenfalls einstimmig eine Entschließung angenommen, in der der Entwurf des Polizeibeamtengesetzes als mit den Grundbegriffen des Berufsbeamtentums und des allgemeinen Beamtensrechts unvereinbar abgelehnt wird und von den republikanischen Parteien des Preussischen Landtages verlangt wird,

„daß sie alles daran setzen, um das werdende Gesetz seiner Ausnahmestimmungen gegen die Polizeibeamtenschaft zu entziehen.“

Durch die Befestigung der „Chefbeförderung“, der „Ründigung wegen Ungeeignetheit“, der „ausnahmeweisen Entlassung nach zwölf Dienstjahren“, der Befestigung des durch das ehemalige Schulpolizeibeamtengesetz geschaffenen Rechtszustandes bis zum Jahre 1938 für einen Teil der Beamten, sowie der „fristlosen Entlassung“ wegen „Verstoßes gegen die Manneswürde“ wird der Allgemeine Preussische Polizeibeamten-Verband dem Gesetzentwurf eine Form zu geben versuchen, die für die preussische Polizeibeamtenschaft tragbar erscheint.“

Der Nachmittag des ersten Tages wurde ausgefüllt von der Diskussion über die beiden Referate.

## Neuer Schiedspruch für die Zigarrenindustrie.

Der Reichsarbeitsminister hat es abgelehnt, dem Antrage der Tabakarbeiterverbände auf Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches vom 25. März, zu folgen, der eine Lohnerhöhung von 10 Proz. vorsah.

Diese Entscheidung führte sofort zu erneuten Schlichtungsverhandlungen. Eine Einigung wurde nicht erzielt. Es kam zu einem neuen Schiedspruch, wonach der seit September 1925 gezahlte Lohnzuschlag von 7 Proz. auf 15 Proz. erhöht werden soll. Der Schiedspruch hat damit die Differenz zwischen dem ersten Schiedspruch von 10 Proz. und dem letzten Angebot der Fabrikanten von 5 Proz. halbiert und den Arbeitern eine Zulage von etwa 7½ Proz. zugestanden.

Die Zuschläge für Ueberstunden wurden für die ersten sechs Ueberstunden auf 15 Proz., für weitere Ueberstunden auf 25 Proz. bemessen.

Die Arbeiter hatten für jede Ueberstunde einen Zuschlag von 25 Proz. gefordert, die Fabrikanten zuseht einen solchen von 10 Proz. zugestanden, während der Schiedspruch für die ersten drei Ueberstunden keinen Zuschlag, für die weiteren drei Ueberstunden 10 Proz. und bei mehr als sechs Ueberstunden 25 Proz. vorsah.

Wie wir hören, findet dieser neue Schiedspruch, trotz der Aussperrungsandrohung bei den Tabakarbeitern wenig Gegenliebe. Er weist gegen den ersten eine kleine Verbesserung in der Ueberstundenbezahlung auf, in den Löhnen aber eine Verschlechterung um 2½ Proz. Wird der Schiedspruch von den Funktionären der Tabakarbeiter abgelehnt, dann ist ein großer Kampf unvermeidlich. Die Ründigungssfrist für die Tabakarbeiter läuft am Sonnabend ab, womit dann die Aussperrung beginnen würde.

## Streik der Berliner Töpfer.

Die letzte Versammlung der im Bauergewerksbund organisierten Töpfer hatte nach der Ablehnung des völlig ungenügenden Angebots der Unternehmer ihre Fachgruppenleitung beauftragt, nochmals umgehend Verhandlungen mit den Unternehmern nachzuführen und am Dienstag in einer Vollversammlung endgültig zu beschließen. Die Unternehmer haben sich zwar zu neuen Verhandlungen bereit erklärt, aber auch in den Verhandlungen am Montag nur ungenügende Zugeständnisse gemacht.

Die Verhandlungskommission hatte entsprechend dem Verlangen der Töpfer die Erhöhung der Stundenlöhne auf 1,50 M. auf 1,70 M. und des Berechnungssatzes für Akkordarbeit von 135 Proz. auf 160 Proz. gefordert. Diese Forderung wurde im Laufe der Verhandlung ermäßigt und die sofortige Erhöhung der Stundenlöhne auf 1,65 M. und des Akkordberechnungssatzes auf 150 Proz. verlangt.

Die Unternehmer waren nur bereit, ab 19. April den Stundenlohn auf 1,60 M. und den Akkordberechnungssatz auf 15. Mai auf 140 Proz. zu erhöhen. Da in Töpfergewerbe fast keine Lohnarbeit vorkommt, sondern fast ausschließlich im Akkord gearbeitet wird, hätte die Annahme dieses Angebotes nur eine Erhöhung der Akkordpreise um 3,7 Proz. bedeutet. Die Verhandlungen wurden daraufhin als ergebnislos abgebrochen.

Die überfüllte Vollversammlung der Töpfer, die Dienstag abend in den Andreaskirchen zu dieser Sachlage Stellung nahm, be-

schloß nach dem Bericht des Fachgruppenleiters John und einer eingehenden Aussprache gegen nur wenige Stimmen heute früh in den allgemeinen Streik zu treten.

## Lohnkampf der Kraftdroschkenfahrer.

Der Verkehrsbund hatte zu Montag abend nach dem „Rosentaler Hof“ eine Versammlung der Kraftdroschkenfahrer einberufen. Der Sektionsleiter Heil schloß die Versammlung mit dem Hinweis auf die schwierigen Verhandlungen mit den Anwohnern wie mit den Großbetrieben und die zu den von uns bereits mitgeteilten Schiedsprüchen geführt haben. Er betonte, daß es nunmehr an den Berliner Kraftdroschkenfahrern selbst liege, den Widerstand der Unternehmer zu brechen, den diese dem Verlangen auf eine menschenwürdige Entlohnung entgegensetzen.

Der Verkehrsbund hat sich vor dem Schlichter zur Annahme des letzten Schiedspruchs bereit erklärt und beim Reichsarbeitsministerium seine Verbindlichkeitsklärung beantragt, da die Unternehmer sofort erkennen ließen, daß sie ihn ablehnen würden. (Was gestern bereits geschehen ist.) Die Organisation wird die Entscheidung des Reichsarbeitsministeriums noch abwarten und, wenn dieses die Verbindlichkeitsklärung ablehnt, die Kraftdroschkenfahrer zu einer öffentlichen Demonstration versammlung aufrufen, in der die notwendigen Kampfmaßnahmen beraten werden sollen.

Es gilt nun, alle Kräfte anzuspannen und die Gleichgültigen anzurufen, damit die Demonstration zu einer mächtvollen wird. Darüber hinaus müssen aber auch die der Organisation noch Fernstehenden gewonnen werden, damit der ansehend unvermeidliche und von den Unternehmern provozierte offene Kampf erfolgreich beendet werden kann. Nach einer ausgiebigen Debatte, in der die Erregung über das unverständliche Verhalten der Unternehmer zum Ausdruck kam, wurde der Vorschlag der Organisationsleitung, eine öffentliche Demonstrationsversammlung so schnell wie möglich einzuberufen, angenommen.

## Die Aussperrung am Märchenbrunnen.

Die Aussperrung der Gastwirtschaften in den Prachtgärten am Märchenbrunnen, früher Schweizergarten, geht weiter. Der Inhaber Paeschke verhartet nach wie vor auf seinem hartnäckigen Standpunkt. Trotzdem treibt ihn die Unruhe zu seinen Kollegen, um sich Rat zu holen, wie er sich verhalten soll. Es ist ihm geraten worden, die Aussperrten wieder einzustellen und die Verhandlungen aufzunehmen. Herr Paeschke erklärt jedoch, er will ja gerade den Kampf mit der Organisation und ihn auch austragen. Damit erbringt er den Beweis, daß er mit der Arbeiterschaft nichts zu tun haben will, sondern sein Geschäft einzig und allein auf die Sakentkrenzler einstellt, von denen er am 8. und 9. Mai 1500 verpflegen bzw. beherbergen will. Die organisierte Arbeiterschaft wird ihm den Danks für sein Verhalten mit Zinsen heimzahlen. Vom paritätischen Arbeitsnachweis gesuchte Arbeitswillige haben die Annahme der Arbeit aus Solidarität verweigert. Geholfen hat ihm der Keilnerverein Zentrum aus der Inselstr. 11/13, Ecke Neue Hofstraße, mit seinem Arbeitsvermittler Simon Baltruschat. Der Betrieb ist nach wie vor gesperrt.

## Die Löhne in den Berliner Konditoreien.

Von der Rabfelle des Nahrungs- und Genussmittelarbeiterverbandes wird uns geschrieben: Die Berliner Konditoreibefehrer sind nicht mehr in der Lage, anständige Löhne zu zahlen. Das im Deutschen Nahrungs- und Genussmittelarbeiterverband organisierte Konditoreipersonal hatte von der Konditorei-Innung Lohn-erhöhungen gefordert. Die Verhandlungen mit der Innung waren ergebnislos. Der Schlichtungsausschuss fällt am 4. April einen Schiedspruch, welcher eine wöchentliche Lohn-erhöhung von einer Mark, nur für eine Gruppe von 3 M., im Durchschnitt von einer Mark und 57 Pfennige vorsah. Dieser Schiedspruch wurde von der Konditorei-Innung abgelehnt, weil sie solche hohe Löhne nicht zahlen konnte.

Welche Löhne werden nun in den Konditoreien bezahlt? Ein Konditorgehilfe im Alter von 21 Jahren, welcher eine vier-jährige Lehrzeit durchgemacht hat und noch drei Jahre als Gehilfe tätig war, erhält nach dem geltenden Tarifvertrag den fürstlichen Lohn von 40,50 M. pro Woche. Das weibliche Personal im Alter von 19 Jahren erhält 26,50 M. Dieser Lohn wird aber nur gezahlt in den Betrieben, in denen die Organisation Einfluß hat. In vielen Geschäften fehlt es recht traurig aus. Monatslöhne von 20 bis 30 Mark bei sechzehn bis achtzehnständiger Arbeitszeit für weibliche Angestellte werden von uns immer wieder und wieder festgestellt. Die Arbeitgeber haben noch das Recht, für Kost und Wohnung 50 Proz. des Lohnes einzubehalten. Dafür hausen mehrere Personen in Räumen, die sonst nur als Kammern benutzbar sind. Die Kosten eines Mittagessens für 21 Personen betragen in einem Betrieb in voriger Woche sieben Mark und 20 Pfennige. Dabei beachte man die Preise, die für Konditorwaren gefordert werden. Davon soll nach Angaben des Innungsvertreters der Lohnanteil 30 Proz. betragen. Wenn in den Bäckereien für dieselbe Ware im Durchschnitt um 50 Proz. niedrigere Preise gefordert werden, trotzdem dort höhere Löhne bezahlt werden, mit welcher Intelligenz müssen dann die Konditoreien geteilt werden? Würde sich das Personal mehr auf seine Organisationspflicht besinnen, dann würden die Konditoreibefehrer ohne weiteres anständige Löhne bezahlen können.

## Zum Treiben gegen das Knappschaffsgesetz.

Aus dem Geschäftsbericht der Niederlausitzer Kohlenwerke.

In ihrem jüngsten Geschäftsbericht erhebt die Verwaltung der Niederlausitzer Kohlenwerke Berlin, die im Berichtsjahr enorme Gewinne aufzuweisen konnte, scharfe Angriffe gegen das Reichsknappschaffsgesetz. In dürren Worten wird nichts anderes gesagt, als daß unmittelbar mit dem Inkrafttreten des Gesetzes und der Erhöhung der Krantengelder die Krankmeldungen der Belegschaften in vielen Betrieben sich verdoppelt, d. h. auf deutsch, die Arbeiter sich auf Kosten des Unternehmens auf die Bärenhaut gelegt hätten.

Die Verwaltung behauptet ferner, daß die Krantengelder in ihrer jetzigen Höhe fast an die Arbeitsverdienste heranreichen, die Pensionen sie z. T. sogar überschritten. Diese Angriffe der Verwaltung der Niederlausitzer Kohlenwerke sind umso unerhörter, als sie selbst vorher in ihrem Geschäftsbericht die Arbeitswilligkeit der Belegschaften ausdrücklich anerkennt. Wenn die Krantenziffern so angeschwollen sind, so ist die Ursache in der jahrelangen überschüssigen Ueberstundenwirtschaft der Braunkohlenindustrie zu suchen und wenn zwischen Arbeitsverdiensten und Krantengeldern sowie Pensionen kaum noch Unterschied bestehen, so ist das nur ein Beweis mehr, wie stark die Löhne der Arbeiterschaft im Mitteldeutschen und Ostelbischen Braunkohlenbergbau herabgedrückt worden sind.

## Maifeieraufzug des IGB.

Amsterdam, 12. April. (Eigener Drahtbericht.) Der Internationale Gewerkschaftsbund fordert in einem Manifest zum 1. Mai die Arbeiter aller Länder auf, angesichts der wirtschaftlichen Zerrüttung und der Bedrohung des Friedens Zeugnis ihres entschlossenen Willens zu gemeinsamer Frontbildung abzulegen. Es gilt, am 1. Mai die reiflose Anerkennung des Pfundentages und den Ausbau der Sozialgesetzgebung zu verlangen sowie für die Koalitionsfreiheit und Freiheit aller Völker zu demonstrieren.

## Zu Polen zurückgewiesene Rubel.

Warschau, 12. April. (RTB.) Der Vorstand der Textilarbeiterverbände in Lodz hat auf die Mitteilung des Moskauer Textilarbeiterverbandes, daß Moskau für die streikenden Lodzer Textilarbeiter 10.000 Rubel bestimmt habe, ein Schreiben nach Moskau gerichtet, in dem die materielle Hilfe abgelehnt und betont wird, daß die Lodzer Textilarbeiter der Amsterdamer Internationale angehören. In der Zuschrift meißt der Vorstand darauf hin, daß die kommunistische Agitation in Polen die Einheitsfront der Arbeiterbewegung zerbröckeln würde.

## Russische Gelder in Mexiko unerwünscht.

Mexiko, 12. April. (RTB.) Die Zeitung „Universal Grafico“ meldet, verschiedene mexikanische Gewerkschaften hätten an Präsident Calles eine Eingabe gerichtet, in welcher sie die Ausweisung der Frau Kollantoi, der Gefährtin der Sowjetunion in Mexiko, verlangen. Als Grund wird angegeben, sie stehe in Verbindung mit Bertram Wolfe, einem amerikanischen Kommunisten, der aus Mexiko ausgewiesen worden ist, oder mit seiner Frau, was dadurch zum Ausdruck gekommen sei, daß sie den streikenden mexikanischen Eisenbahnarbeitern russisches Geld geschickt habe. Auf diese Weise werde den Feinden Mexikos Gelegenheit geboten, zu sagen, daß Bolschewisten im Lande an der Arbeit seien.

Wir geben diese Meldung mit ausdrücklichem Vorbehalt, da wir uns nicht recht vorstellen können, daß die Gewerkschaften die Ausweisung der russischen Gefährtin fordern. Wollen die Gewerkschaften im Streikfalle keine Unterstützung aus Moskau, dann haben sie nur nötig, die angebotene Unterstützung abzulehnen.

## Entscheidung gegen die amerikanischen Gewerkschaften

Washington, 12. April. (RTB.) Der höchste Gerichtshof hat entschieden, daß gewerkschaftliche Vereinigungen und deren Mitglieder durch Einhaltsbefehl zur Einstellung der gewerkschaftlichen Tätigkeit gezwungen werden können, falls diese den zwischenstaatlichen Handel gefährdet. Die Entscheidung erfolgte auf die Berufung von vierundzwanzig Sandsteinunternehmern Indianas hin, die sich durch Streikbefehle des Nationalverbandes der Steinschneider benachteiligt fühlten.

Der Reichsfinanzminister Dr. Köhler selber, nicht sein Vertreter — wie in unserem gestrigen Bericht irrtümlich gesagt — hat wegen seiner von den Reichsarbeitern als reaktionär beurteilten Einstellung in der Lohnfrage das besondere Befremden der Reichsarbeiter hervorgerufen.

Freie Gewerkschaften. Heute, Mittwoch, 7½ Uhr, tagen die Gruppen: Kräfte 1: Gruppenheim Jugentheim Berlin, 29. Tel. Vortrag: Die Entstehung der deutschen Gewerkschaften. — Südwachen: Gruppenheim Verkehrsverein im Stadt. Schwimmhalle Bismarckstr. 64. Vortrag: Wirtschaftskrisen. — Charlottenburg: Gruppenheim Jugentheim Deutsches Kaufmannshaus, Berliner Str. 157. Vortrag: Die kommunistische Bewegung. — Wannsee: Gruppenheim Jugentheim Oberwallstr. 10. Vortrag: Das kommunistische Manifest. — Baumgartenweg: Gruppenheim Carlstr. 16. Die letzten Vorbereitungen zur Ostersfahrt. — Weichensee: Gruppenheim Carlstr. 16. Vortrag: Was 9. Schuljahr. — Zentrum: Gruppenheim Heidenstr. 24-26. Auf nach Hohenheim.

Reiseleiter am Jugendtreffen Berlin-Dresden auf der Jugendburg Hohenheim. Abreise, Donnerstag, abends um 11½ Uhr. Treffpunkt Hohenheim, Ecke Holbeide Straße.

Jugendgruppe des IGB. Heute sollen sämtliche Gruppenveranstaltungen aus. Alle Jugendlichen beteiligen sich an der Jugendfeier für die sozialistische Jugend im Schwanensee des Reichsanstalts Kreuzberg, Poststr. 11, abends 7½ Uhr. Musik, Aufmarsch, Feiern, Gesang, Weihe eines Jugendwimpels. „Ich lebe in die Welt!“

Redaktionelles. Die Redaktion des „Arbeiter-Tageblatt“ hat am 12. April, 1927, eine Versammlung im Verbandslokal, Fungstr. 20, bei parierter. Bericht von der Lohnbewegung und Stellungnahme zum Schiedspruch. Die Ortsverwaltung.

Verantwortlich für Text: Victor Schmitt; Bildhaft: G. Allgeheiler; Gewerkschaftsbewegung: Walter Götter; Redaktion: R. B. Müller; Grafische und sonstige: Fritz Kersch; Anzeigen: H. Götter; Druck: Friedrichs-Druckerei, Berlin, Postfach 100, 100, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, Telefon 2 2222 und „Unterhaltung und Wissen“



Das sind die wahren Lux Seifenflocken!

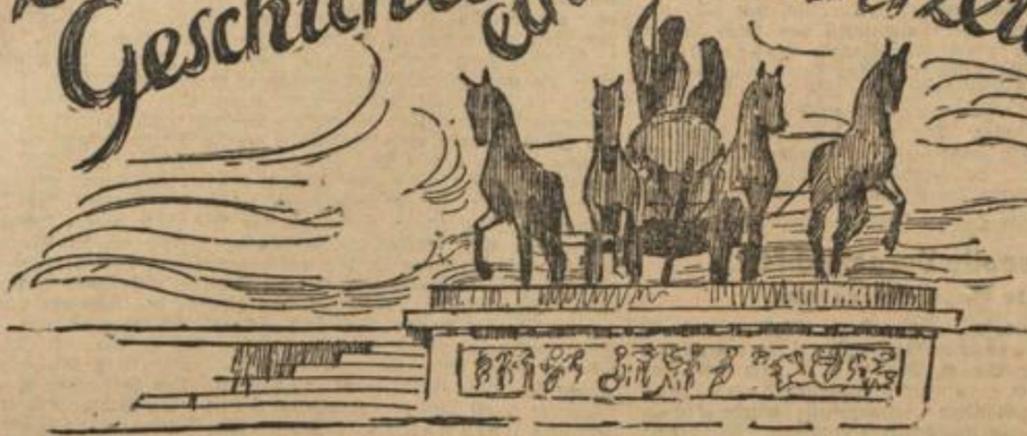
Wie alles Bewährte haben auch die Lux Seifenflocken viele Nachahmer gefunden. Es gibt für Lux Seifenflocken keinen Ersatz zur Pflege und Reinigung aller zarten Gewebe.

Lux Seifenflocken werden nie offen verkauft! Achten Sie auf die blaue Originalschachtel.

Normalpackung 50 Pfg.  
Doppelgroße Packung 90 Pfg.

SUNLICHT  
Mannheim.

# Zur Geschichte des Wahrzeichens



## Der Tor-Umbau fast vollendet.

Von allen Denkmälern Berlins darf sich die Quadriga auf dem Brandenburger Tor, dessen Erneuerungsarbeiten in diesen Tagen vollendet sein werden, der interessantesten Geschichte rühmen. Einmal wurde die Quadriga heruntergeholt und nach Paris übergeführt, und von dort wurde das alte Wahrzeichen Berlins wieder zurückgeholt und auf seinen alten Platz gestellt. Doch bevor sich all dieses Aufregende mit der Göttin und ihren Pferden begab, ja, bevor das Monument zum Dasein erstand, hatten sich schon viele Leute den Kopf über diese Bekrönung des Brandenburger Tores zerbrochen. Und viel Kerger plagte Künstler und Handwerker, bevor das Pferdegespann auf dem First des Tores seinen Platz fand. Im Jahre 1789, als das Brandenburger Tor im Entstehen begriffen war, wurde die erste Konferenz über die zu schaffende Quadriga abgehalten, an der sich der Schöpfer des Denkmals, Schadow, beteiligte. Das Protokoll dieser Konferenz besagte, daß Schadow ein Modell nach einem kleineren Maßstabe anfertigen sollte, wonach dann das Modell in natürlicher Größe aus Holz zur Ausführung gelangte. Die eigentliche Ausführung der Quadriga in Kupfer wurde dem Kupferschmied Jurn übertragen, und dieser sollte die Arbeit spätestens im Herbst 1790 beendigt haben. In der Konferenz wurde festgelegt, daß die Stellung der Pferde von zwei zu zwei ziemlich gleichförmig sein sollte, so daß im Modell eigentlich nur zwei große Pferde von verschiedener Stellung, jedoch mit vier verschiedenen Kopfwendungen zu arbeiten waren. Es ist also dadurch die interessante Tatsache festgelegt, daß von den vier Pferden je zwei sich völlig gleichen und daß nur ihre Kopfstellungen verschieden sind. Schadow selbst stellt den Entwurf von drei Pferden dieser Quadriga auf der Kunstausstellung von 1789 aus. Sie waren 81 Zentimeter hoch, und noch heute befindet sich ein Gipsmodell der Schadow'schen Arbeit in der Nationalgalerie, ein anderes ist im Besitz der Frau Eugenie Schadow in Groß-Lichterfelde.

Nachdem eine Einigung über die Gestalt der Quadriga erzielt worden war, wurden die Ausführungsarbeiten den verschiedenen Handwerkern zugeteilt. Das große Holzmodell wurde bei den Gebrüdern Wohler in Potsdam in Auftrag gegeben, während der Kupferschmied Jurn, wie schon gesagt, mit der Ausführung in Kupfer betraut wurde. Die Gebrüder Wohler sollten für ihr Holzmodell im ganzen 2000 Reichsthaler erhalten, welche Summe sorg-

fällig aus einzelnen Raten zusammengeführt wurde, die sich auf die vier Pferde, die Viktoria, den Wagen und die Holzlieferung bezogen. Ganz besonders vorichtig war aber das Kollegium bei der Aufstellung des Kontrattes für den Kupferschmied Jurn. Nun sollte der Bau beschleunigt und bald beendigt werden, aber der Holzmodelleur und der Kupferschmied waren offenbar nicht stink genug bei der Arbeit. Die Potsdamer Behörde erhielt den Auftrag, diese beiden zu tabeln und ihnen den Unwillen des Ministers über die Verzögerung der Arbeiten bekanntzugeben. Der Kupferschmied Jurn und die Holzmodelleure Gebrüder Wohler gaben darauf die folgende interessante Erklärung ab: „Warum wir laut unserm Accort vom 6. 5. 1789 nicht gehörig betrieben hätten, in dem die Proportion der Pferde auf zehn Fuß und die Viktoria auf 12 Fuß und der Wagen auf 11 Fuß festgesetzt wurde, und uns 862 Fuß Holz dazu berechnet ist, so haben wir so schnell als möglich das Holz in den Heiden auf zehn Fußige Proportion, des Transportes wegen, zuschneiden lassen, nachdem dieses geschehen, so erhielten wir unter dem 19. August 89 den Befehl von Herrn Geheimrat Langhans, daß sich ein Zweifel gefunden, und wir einhalten sollten, bis die Akademie der Künste die Proportion zu der Gruppe bestimmt hätte. Unter dem 15. September 89 erhielten wir den Befehl, daß die Akademie die Gruppe auf 12 Fußhöhe refoziert hätte. Indem solche Colossal nur alle Jahrhunderte vorfallen und auch der Größe wegen nicht genau beurteilt und beacordiert werden können, auch nicht auf eine bestimmte Zeit abzusiefern, wenn sie der Kritik der Kenner nicht ausgeht sein soll, so muß es nicht an Zeit und Bezahlung mangeln, aber nach solchen Stizzerien und unregelmäßigen Modellen ist ein Künstler im Stande, seine Arbeiten so zu liefern, wie es ein Oberhof-Bau-Unt von uns anzusehnen verlangte.“ Auch der Kupferschmied Jurn war unzufrieden und hatte besonders schweren Kerger mit seinen Gehilfen auszuhalten, die dieser Arbeit nicht sonderlich gewogen waren. Dadurch wurde Herr Jurn krank und so bat er, die Anfertigung von zwei Pferden einem anderen Künstler zu übergeben. Die Figur der Viktoria wurde dem auch dem Klempnermeister Köhler in Auftrag gegeben.

Schließlich konnten sich aber die Mitglieder der Akademie, unter denen sich auch Chodowicki und Schadow befanden, zur Beschäftigung des Holzmodells eines der fertigen Pferde nach Potsdam begeben. Dieses Kollegium fand nicht weniger als 21 Fehler, deren Abstellung den Gebrüdern Wohler ausgegeben wurde. Wenn auch etwas später als vorgesehen, so wurde die Quadriga doch endlich fertiggestellt. Auf dem Wasserwege wurde sie nach Berlin übergeführt und auf dem Brandenburger Tor befestigt. Allem Anschein nach ist damals auch gleich die jetzige Stellung, nämlich mit der Front nach der Stadt zu, vereinbart worden, so daß selbst der in Berlin viel umstrittene Glaube, die Viktoria habe früher mit dem Gesicht nach dem Tiergarten zu gestanden, seinen eigentlichen Halt findet. Später wurde dann die Viktoria an der Tiergartenseite noch mit einem stiegenden Gewande versehen.

## Starker Osterreiseverkehr.

### Die Hauptzüge bereits ausverkauft.

Der Berliner Osterreiseverkehr entwickelt sich nach den Beobachtungen der Reisebureaus in diesem Jahre besonders günstig. Schon jetzt kann man sagen, daß der Verkehr wesentlich stärker sein wird als im vergangenen Jahre. Das liegt wohl einestheils daran, daß sich die allgemeine Wirtschaftslage inzwischen noch weiter gebessert hat, anderenteils ist es besonders dem Mittelstand möglich gewesen, im Laufe der letzten Zeit gewisse Ersparnisse zu machen, die nun für eine Besuchs- oder Erholungsreise verwendet werden. An den Auskunfts- und Fahrkartenverkaufsstellen des Mitteleuropäischen Reisebureaus herrscht seit Montag von morgens bis abends ununterbrochen starker Andrang, obwohl einzelne Bureaus bereits von 8 Uhr an geöffnet hatten. Als Reiseziele in Deutschland scheinen besonders Baden-Baden, Wiesbaden, die Bergstraße, der Taunus, Harz, Sächsische Schweiz und Riesengebirge bevorzugt zu sein. Die beiden Sonderzüge der Reichsbahn nach Ostpreußen sind bereits so gut wie ausverkauft. Auch für die übrigen Sonderzüge nach Hamburg und dem Riesengebirge besteht lebhaftes Interesse. Soweit es sich im Augenblick schon übersehen läßt, wird namentlich auch das Reisen in die nähere Umgebung Berlins unter Benützung der Sonntagsrückfahrkarten einen ziemlich großen Umfang annehmen, denn die Sonntagsrückfahrkarten gelten ja während der Osterfeiertage bereits vom Gründonnerstag 2 Uhr mittags ab und ermöglichen die Rückfahrt bis zum Dienstag vormittag 9 Uhr. Uebrigens sind die am Donnerstag abfahrenden Vormittags- und Mittagszüge nach Dresden und Harzburg samt den Vorzügen bereits voll besetzt. Das gleiche gilt von dem Münchener Zuge, der 10.45 Uhr vormittags vom Anhalter Bahnhof abfährt.

Einen erheblichen Prozentsatz nimmt im Gegensatz zum Vorjahre der Auslandsreiseverkehr ein. Sehr bevorzugt sind die großen Erholungsorte der Südschweiz: Lugano, Locarno, auch die Orte am Genfer See, ferner Meran und Bozen. Darüber hinaus entwickelt sich wieder stärkerer Verkehr nach Italien. Zahlreich sind die Osterfahrten nach Rom, und die „Primavera Sizilianna“ bietet besonderen Anreiz zu dem erheblich billigeren Fahrpreis, Sizilien aufzusuchen.

Aus Anlaß des Osterfestes werden in der Zeit vom 15. bis 19. diesen Monats einschließlich auf der Kreisbahn Beesdow-Fürstenwalde neben den scharfplanmäßigen Zügen Sonderzüge verkehren. Im Anschluß an die Fern- und Vorortzüge ab Berlin-Friedrichstraße 7.06, 7.43 (erst ab 17. April) morgens, 12.41 mittags und 6.56 abends verkehren zwischen Fürstenwalde und Beesdow drei weitere Züge. Ab Fürstenwalde 9.15 morgens, 2.30 nachmittags und 8.12 abends. In Beesdow treffen diese Züge um 9.46 vormittags, 3.00 nachmittags und 8.42 abends ein. Zur Rückfahrt stehen in den Ostertagen vier weitere Züge zur Verfügung: Ab Beesdow 10.10 vormittags, 4.48 nachmittags (nur am Karfreitag und Osterinnabend), 6.40 abends (nur am 1., 2. und 3. Ostertag) und 10.55 abends. Die Züge treffen in Fürstenwalde um 10.40 vormittags, 5.18 nachmittags, 7.17 abends und 11.25 abends ein. Im Anschluß nach Berlin ist ebenfalls mit Fern- und Vorortzügen vorhanden.

## Jolly wegen verbotenen Glücksspiels angeklagt.

„Wieviel Besucher waren am letzten Tage bei Jolly?“ — so lautete ein Preisausgeschrieben, das der Hungerkünstler Jolly während seines Kettenhungerens im Kriegervereinshaus ausgeschrieben hatte. Dem Erreger der richtigen Zahl war ein Preis von 10 000 M. in Aussicht gestellt worden. Jeder Teilnehmer an dem Rätselrazen mußte aber eine Broschüre Jollys zum Preise von 1 Mark erwerben. Die Polizei verbot jedoch die Veranstaltung dieses Wettbewerbes. Obwohl Jolly nur wenige Exemplare abgesetzt hatte, und nach Einlaufen des Verbotes den Käufern den Betrag wieder zurückerstattete, wurde gegen ihn ein Strafverfahren wegen unerlaubten Auspielens eingeleitet. Gestern vormittag wurde Jolly vom Schöffengericht Mitte durch Amtsgerichtsrat Dr. Wortenberg in dem Sinne der Anklage wegen Uebertretung und unerlaubten Auspielens zu 40 Mark Geldstrafe verurteilt. Der Staatsanwalt hatte 100 Mark beantragt.

## Sif.

### Das Weib, das den Nord beging.

19) Roman von Frh Red-Mallezewen.

Hamburger Kommiss sind da, die von den Weizenpreisen sprechen, und argentinische Fleischbarone, in Cabs und Tendens paradierend, beschäftigen mit ihren Damen die Kampspuren des gestrigen Tages. Franziskanerpriester ziehen vorüber auf elenden Kleppern, und sette eingeborene Weiber, von der Tageshitze, dem Hängemattendasein erlöst, schmiegen sich in die Polster lackstrahlender Viktorias; und unter der Wagendecke benützt, was sie übrigens nicht beachtet, der ihr gegenüberstehende Diener Theodorowitsch die Gelegenheit, um seine Knie an das ihre zu pressen.

Und unzweideutige Bemerkungen schwirren von Mund zu Mund, und Parfüme find da, die demahe schon einen ständrischen Gasangriff bedeuten, und alles . . . Männerbilde und Lachen und der Duft des Weiberfleisches und das Knie der Kreatur da mit dem Hundehalsband des Oberst Miramon: alles staut sich in der heißen, stillen Luft zwischen der gotischen, barocken, maurischen Barbarenarchitektur dieser Häuser zu einer Wolke von Wollust und Sündhaftigkeit, saugt sich fest an dem Fleisch des schönen, blonden Geschöpfes, das davongefahren wird als die Beute eines gierigen Revenants und eines geilen Knechtes.

Oh, es ist nicht mehr der Oberst Miramon, den sie fürchtet: es ist das Gefühl, dem brutalen Leben dieser Stadt nicht gewachsen zu sein, es ist die Borahnung irgendeines unbekannteren Grauens, das sich zu bergen scheint in dem Dunkel der hereinbrechenden Nacht.

Neue Kampspuren zieht, eine Straßensperre, die man nach einigem Aushalten passieren darf, ein neuer Trupp politischer Verbrecher, der unter Trommelschlag abgeführt wird. Und dann wird, wie es immer so geht in den Tropen, mit einem Schlage der Schalter des großen Himmelslichtes umgedreht, und vor ihnen liegt unter aufzischenden Bogenlampen die Plaza del Mayo.

Die Trümmer einer gestern von den Aufständigen besetzt gewordenen und nun zerhobenen Wannamater-Filiale schwallen in der Dunkelheit, der Duft verbrannter Wolle mischt sich mit dem Duft des Beau d'Espagne . . . wie sonst um

diese Zeit schmettert von ihrem Bodium die Militärkapelle den Freiheitsmarsch über den Corso.

Dann wechselt der Oberst Miramon ein paar Worte mit dem Chauffeur, und dann, vorüber an den Marquisen der Strohcassés, an Soldaten, die zum Weitergehen mahnen, forciert der Wagen die Promenierenden, biegt hinüber zu der Säulensassade der Kathedrale, hält.

„Ihren Arm, Madame . . .“

Ein von Bewaffneten notdürftig abgesperrter freier Platz, darüber die bleichen Monde der Bogenlampen. Diesseits der republikanischen Infanterie mit den nachgehakmten Europa-uniformen der schwagende, girrende Corso, jenseits auf dem harten, heißen Beite des Asphaltes die dreihundert Toten, die man nach Landesitte ausgefleilt hat . . .

„Wenn ich Sie bitten darf . . .“

Eine lange, lange Reihe, sich verlierend vor der Front der Gaffer, scharf beleuchtet von dem treidigen Bichte. Junge und Alte, Menschenkinder aller Rassen: schmächtige, vor acht Tagen vielleicht eingewanderte und ahnungslos in die politische Maschinerie hineingezogene Lausdiener aus irgendeinem kleinen sächsischen Nest und pokernartige Landeros mit dem im Tode noch unerändernten Blutdurst ihrer Rasse auf grinsenden Gesichtern. Aus verwehten europäischen Armeen Abenteuerer mit dem prachtvollen Troß des Jünglingstodes, und Regier dann und wieder Regier: hertulische Stiere mit anthropoiden Schädeln, aus deren Jügen der Haß gegen die knechtende Rasse auch im Tode noch nicht gewichen ist . . . jeder einer Menschenmutter Sohn, die in ihren Wehen an den Welterlöser dachte, klingepestert auf den Asphalt von anderen Menschensohnen. Steife Arme, die in der Totenstarre noch zu drohen scheinen . . . andere, kindliche Glieder, die um Erbarmen bitten . . . oh, Gnade, Menschensohne, Gnade, Gnade . . .

Mit ihren nackten Hälsen die großen stummen Geier, die wie versteinert auf den Häuserfronten warten — die Geier wissen schwerlich um Erbarmen, und ebensowenig weiß es der Corso dieser Stadt, und vielleicht weiß darum nicht einmal der steinerne Sohn Maria, der vor dem Kirchenportal seine barocken Glieder krümmt: o ja, aus allerlei höchst persönlichen Gründen bin ich der wahrscheinlich sehr unpopulären Anschauung, daß selbst einmal erbarmungslos gewesen sein muß, wer Erbarmen wirklich kennen will . . .

Und während der Corso gaffend und schwachend vorübergleitet an den Insuffizierten, während der Oberst Miramon die Soldaten ausfragt und erfährt, daß die drei Jungen hier

. . . diese da, Senjor . . . sich umfaßt und die Gebele ihres Bandes gesprochen hätten, daß der Regier Guzman Sagavadra dem Feuerpistoll verächtlich die Rückseite gezeigt und im Tode noch „Merde“ geschrien habe: ja, währenddessen steht das kleine Weib, das die Witwe Grandjean erwürgte, gerade unter einem der Randelaber da mit diesen Tränen in den Augen und gerungenen Händen, und in einer Haltung, die von der des Korsos jedenfalls erheblich abweicht.

Und am Ende ist es nur jenes Entsetzen über das, was hier zu sehen ist, und vielleicht auch aus Kindeserinnerungen jeners Bers von dem Gott, der allen armen Kranken helfen soll: sicher ist jedenfalls, daß sie auffällt inmitten dieser Umgebung, daß die Offiziere halb motant und halb bewundernd sich gegenseitig aufmerksam machen auf sie, und daß es dann plötzlich eine wohlbekannte Stimme ist, die sie erschreckt aus dieser deplacierten Stellung . . .

„Sie beten, Madame?“

Ja, vielleicht ist es diese unverbohlene Ironie, die ja schließlich recht hat vom Standpunkt des Korsobehuchers aus, vielleicht das verkehrende Lachen der Dame in Schwarz dort oder der „Crachal“, den der Infanterist Horatio Azucar in seiner Berächtlichkeit für dieses Mitleid auf den Asphalt setzt. In jedem Falle aber geschieht es hier, daß sie zum ersten Male offen sich auflehnt gegen den, der sie bislang wehrlos machte in Grauen und Bergewaltigungskünften: Empörend, den Anblick da ihr zuzumuten, empörend und unritterlich . . .

So laut schreit sie es, daß es die ganze Plaza del Mayo hört, sie hat höchst wehrhafte Hände . . . es steht durchaus zu befürchten, daß sie ihm ins Gesicht speit vor lauter Protest und Ekel.

Da man, ohne ihre Worte zu verstehen, ringsum zu lachen beginnt, da dieses kleine Geschöpf laut genug protestiert, um auf die Dauer des Orchesters da an der Fortführung der Freiheitshymne zu hindern, da endlich der Oberst Miramon als Mann von Welt nichts so fürchtet, als eine Szene auf der Plaza del Mayo, so tut er das Klügste, was er hier tun kann: er gibt dem Chauffeur einen Wink, reicht der kleinen Sif den Arm . . . der Wagen verläßt die Plaza mit ihrem Duft von Blut und Kokottenparfüm.

Das einförmige, steinerne Elend dieser stupiden, New York imitierenden Straßen, die schmierigen Kneipen des Dockviertels, die endlosen Fäune der Lagerplätze von La Boca, die letzten unbilligen Häuser, in der die ungeheure Stadt zerfaset und sich auflöst.

(Fortsetzung folgt.)

## Die „Filmschauspielerin“.

### Lilian Harveys Doppelgängerin.

Anfangs war sie Hausdokter einfacher ehrlicher Leute; im Traume sah sie sich als Filmstar: Toiletten, erstklassige Restaurants, Hotels, Cafés, Autos, hohe Gehälter und reiche Freunde. Sie wurde aber nur eine kleine Tänzerin mit einem hübschen Gesicht und einem zierlichen Figürchen; alles andere blieb aus. Nur ein halbes Jahr war sie verheiratet, dann ließ sie dem Mann davon.

Ihre Phantasie gaultete ihr aber wie ehedem die Karriere eines Filmstars und das Verhältnis mit einem reichen Mann vor. Deshalb legte sie sich den Namen einer bekannten Filmschauspielerin zu und fesselte die Männer an sich, von denen sie mehr oder minder große Beträge borgte. Diese gewährten ihr gern kleine Gefälligkeiten für ihre Gefälligkeiten. Hörten diese aber auf, so waren die Männer dabei die Hereingefallenen. Der „Filmstar“ gehörte schon einem anderen oder der Beutel des anderen gehörte ihr — bis zum nächsten. Zwei Fälle zur Illustration: Da verirrte sich z. B. ein Regierungsrat a. D. an einem Wochentag nachmittags in ein Kino in der Friedrichstraße. Ganz „zufällig“ befand sich auch die kleine Tänzerin hier. Sie gab sich als Lilian Harvey aus. Interessiertes Filmgespräch, darauf in ein Café; das Filmgespräch löste eine Geschäftsunterhaltung ab: der Regierungsrat würde so gern in ein Filmunternehmen 100 000 M. stecken. Nichts einfacher als das; auch bei ihr, der „Tochter eines reichen schwedischen Tuchfabrikanten“, wären in der nächsten Zeit 80 000 M. möglich. „Aber denken Sie nur, ich und meine Kollegin, die Lucie Dorraine, sind in Babelsberg demnächst beschäftigt, daß uns für private Angelegenheiten überhaupt keine Zeit bleibt. So habe ich auch heute die Bank veräumt; 3000 Mark möchte ich abheben.“ „Aber bitte, steht zu Diensten, wieviel?“ „50 M. würden mir genügen.“ Kleine Zärtlichkeiten während der Autofahrt, Verabredung für den nächsten Tag in der Wohnung der Freundin in der Puttkamerstraße. Vor dem Abschied ein weiteres Darlehen von 50 M.; am nächsten Tage in der Puttkamerstraße: „Ach, ich bin heute wieder nicht zur Bank gekommen; ich muß meine Schneiderin bezahlen.“ „Aber bitte...“ 120 M. bar, ein Scheck von 300 M. Und so bei jedem Zusammentreffen. Dann folgte eine Fahrt nach Halle zur Filmaufnahme, zuerst geht eine Geldsendung dorthin, dann eine Abgabe und eine Mahnung, die geliehene 1270 M. zurückzahlen. Jurist kommt aber nur eine beleidigte Antwort. Das Ergebnis: Kündigung der Freundschaft. Jetzt erst findet der betrogene Liebhaber die richtige Lilian Harvey in ihrem Hotel. „Ach, Herr Regierungsrat, ich werde am Telephon unaußersächlich inkommodiert, auch Briefe und Anfragen erhalte ich. Wollen Sie bitte der Sache auf den Grund gehen!“ Strafanzeige wegen Betrugs: 1270 M.; alle Gefälligkeiten sind also von der falschen Lilian Harvey gratis erworben worden. — Der zweite Fall: Ein stellungloser Kaufmann lustwandelte durch die Chausseestraße. Ihm entgegen kam die Angeklagte. Verständnissvolle Blicke. „Kommt du mit?“ Absteigequartier: 5 M. Honorar. Wieder ist sie die Filmschauspielerin, wieder war die Bank geschlossen, wieder Darlehen und schließlich Strafanzeige. Dieser Kavallerie rechnete auch sofort die 12 M. Liebeshonorar in die Summe ein, um die er betrogen sein wollte. Die Angeklagte spielt vor Gericht die Rolle; sie erklärt, die Kavaliere hätten alles freiwillig gegeben und bittet um Milde. Die Berufungsinanz läßt es bei der ersten Strafe: ein Jahr Gefängnis unter Anrechnung von 6 Monaten Untersuchungshaft. Das Strafregister weist schon mehrere ähnliche Vorfälle auf. Dies die galanten Abenteuer der „Filmschauspielerin“.

## Die Akten verbrannt.

### Drei weitere Personen festgenommen.

Zu den Aktenbeseitigungen des Kanzleiangestellten Georg Müller vom Amtsgericht Charlottenburg erfahren wir, daß ihm jetzt drei weitere Verurteilungen nachgewiesen werden konnten. Nach der Aufdeckung der beiden ersten Fälle, über die wir damals berichteten, hatte Müller hoch und heilig versichert, daß er sich weiter nichts habe zuschulden kommen lassen. Man glaubte dieser Versicherung aber um so weniger, als Müller ein sehr unruhiges Leben führte, viel in Kneipen verkehrte und auch andeutete, daß er bald hier, bald dort Geld abzuholen habe. Man ging diesen Spuren nach und ermittelte so drei Männer, deren Akten Müller gegen Bezahlung auf die Seite geschafft hatte.

So hatte ein 41 Jahre alter Kaufmann und Hausbesitzer Hanter aus Niederhönoweide wegen Hehlerei neun Monate Gefängnis zu verbüßen, vorläufig aber Strafausschub erhalten. Als die Akten dieses Mannes in Müllers Hände kamen, trat er an den Händler heran mit dem Anerbieten, sie gegen ein Honorar von 300 M. zu vernichten. Der Kaufmann ging auf den Vorschlag ein, gab eine Anzahlung und verbrannte mit Müller zusammen die Akten in einem Ofen in seiner Wohnung. Den Rest des Geldes konnte er nicht in bar zahlen, gab aber an Müller Bursch und Spirituosen im Werte von etwa 150 M. Später begnügt er sich damit, kleine Raten in Höhe von 5 M. abzuführen.

In ähnlicher Weise ging der ungetreue Angestellte bei einem Automobilhändler Stehler in Westend zu Werke. Dieser war wegen Ausfuhrvergehens zu einer Geldstrafe von mehreren tausend Mark verurteilt worden, konnte aber trotz bereits erfolgter gerichtlicher Mahnung nicht zahlen. Auch bei ihm erschien Müller, bot die Beseitigung der Akten an und verlangte dafür 300—400 M. Wieder gab er sich zunächst mit einer kleinen Anzahlung zufrieden und verabredete mit dem Automobilhändler eine Zusammenkunft in einem Restaurant. Hier verbrannten beide gemeinsam im Ofen die Akten.

Noch ein dritter Fall von Aktenbeseitigung konnte nachgewiesen werden. Ein Kaufmann Amster, der in einem westlichen Vorort wohnt, hatte 1000 M. Geldstrafe zu zahlen, besaß aber nicht die Mittel. Für 150 M. verbrachte Müller, die Akten zu den erledigten Sachen zu legen und so dem Kaufmann die Zahlung der Strafe zu ersparen.

Im Laufe des gestrigen Tages wurden die drei Männer festgenommen und dem Vernichtungsrichter vorgeführt. Ihnen wird Beamtenbestechung zur Last gelegt.

## Die Kirchturmspitze im Keller.

Kirchturmspitzen befinden sich ausschließlich auf der Spitze des Kirchturms. Daher doch der Name. Aber selbst von dieser Regel muß eine Ausnahme erlaubt sein und den Ruhm, im Besitz dieser Ausnahme zu sein, genießt natürlich Berlin. Aber die meisten Berliner wissen gar nicht, daß sich die Kirchturmspitze des Turms der Petrikirche in dem Keller eines Privat-Hauses befindet. Wie das zugegangen, konnte man am Sonntag auf einer hochinteressanten Wanderung durch Alt-Berlin kennen lernen, die der Vorsitzende des Vereins für die Geschichte Berlins Dr. Becker veranstaltet und auf der er selber den Führer und Erklärer machte. Im Jahr 1734 stürzte der Turm der alten Petrikirche — die heutige ist erst in den Jahren 1846—1852 von Straß erbaut — ein und die Turmspitze, eine sandsteinene Krone, fiel wie ein Meteor auf das Eckhaus Brüderstraße und Scharrenstr. In durchschlag das Dach und sämtliche Stockwerke bis in den Keller. Dort liegt die alte Turmspitze noch heute, wohl betreut von den Inhabern der Firma Bartels und Ruch, eine ungewöhnliche Kuriosität. Weiter führte dann die Besichtigung durch die breite Straße, mit einem schmalen Bild auf das schönste Berliner Renaissancepartei des ehemaligen Ribbeckischen Hauses zum Schloß. Die Besichtigung galt aber nicht dem Innern, sondern den beiden großen feinsten nach Gebühr gewürdigten Höfen. Der zweite Schloßhof besonders, das Werk Andreas Schülers, wirkt wie ein großer prächtiger Freiluft-Festsaal. Schüller schuf hier sein architektonisches Meisterwerk. — Dann ging es durch die Burgstraße zum Hotel König von Portugal, das durch Jeffers Minna von Barnhelm und Fritz Reuters Kasse nach Belgien berühmt geworden. Der letzte dort noch vorhandene überrepte Kellerhals soll demnächst leider verschwinden. Das aUerliefste

Berliner Kirchturm, die Heiligengeistkapelle, die jetzzeit, um sie zu erhalten, als Hörloal in die Handelshochschule mit einbezogen, wurde befristigt. Als Beispiel rühmender Hauspflege gilt das Haus zu den drei Linden, Klosterstr. 87. Einst stand hier ein Absteigehaus der Bischöfe von Bebus, später wurde es kurfürstliche Geheimkanzlei, dann ging es ganz in Privatbesitz über. Der jetzige Inhaber der Firma Fetschow, Eugen Preuß, hat es sich angelegen sein lassen, alle Hausdokumente zu sammeln. Seine Geschäfteräume gleichen einem sehenswerten kleinen Museum für Alt-Berlin, gewiß eine rühmensewerte Seltenheit in dieser nüchternen Stadt. Weniger wegen seines unscheinbaren Äußeren und Inneren als wegen seiner Geschichte ist das Haus Klosterstraße 76 berühmt, das jetzt die Zollverwaltung birgt. Der älteste Teil des Berliner Schlosses geht bekanntlich nur bis zum Jahr 1451 zurück. Vorher aber stand schon das Haus in der Klosterstraße und es war unter dem Namen Hohes Haus markgräfliche und kurfürstliche Residenz. Später diente es als Lagerhaus höchst profanen Zwecken und jetzt ist es von einem bekannten Berliner Warenhaus angekauft worden und wird wohl demnächst der Spinnhake zum Opfer fallen. Das wäre sehr schade, denn mit diesem Bauwerk ist auch ein wichtiges Stück Berliner Stadt- und Volksgeschichte verbunden. So vermittelte die Führung Dr. Bebergers eine Fülle von wertvollen geschichtlichen Einblicken in die Vergangenheit unserer Stadt.

## Verhängnisvolle Vergeßlichkeit.

### Die fehlende Gasverschraubung.

Gestern nachmittag wurde der in dem Hause Gasser Straße 26 wohnende 50jährige Hotelportier F. Bachmann und der 28jährige Schlosser Erich Mallue in dem mit Gas gefüllten Schlafzimmer ihrer gemeinsamen Wohnung bewußtlos aufgefunden. Die zuständige Rettungsstelle wurde benachrichtigt, die einen Arzt an die Unglücksstelle entsandte. Gleichzeitig mit dem Arzt trafen Polizeibeamte in der Wohnung ein. Sofort angelegte Wiederbelebungsversuche hatten nur bei Mallue Erfolg. Bei Bachmann konnte der Arzt nur noch den bereits eingetretenen Tod feststellen. Seine Leiche wurde beschlagnahmt und in das Schauhaus gebracht. Man fand im Hedwigstranthenhaus Aufnahme, wo er sehr bedenklich daniederliegt. Der Fall schien zunächst etwas rätselhaft, da alle Gasahne verschlossen und auch im übrigen die Gasleitung völlig dicht war. Die weiteren Ermittlungen ergaben jedoch, daß die Gasmenge aus der unterliegenden Wohnung nach oben gedrungen waren. Die Wohnung war vor einigen Tagen von den letzten Mietern geräumt worden, die bei der Abmontage der Lampen in großer Fahrlässigkeit vergaßen, die Gasleitungen ordnungsgemäß mit Stöpfeln zu versehen. So konnten größere Gasmenge ungehindert ausströmen, die ihren Weg nach oben nahmen und das Unglück verursachten.

In der Mitteilung über die Errechnung der Hauszinssteuer für Berlin ist in der Ausrechnungsgleichung ein Druckfehler unterlaufen.

$$\text{Statt } \frac{280 \times 100}{50} \text{ muß es heißen: } \frac{280 \times 100}{500}$$

Die Volksbildungsämter Prenzlauer Berg und Friedrichshain veranstalten am Dienstag, dem 19. April (3. Osterfeiertag), abends 8 Uhr, im Saalbau Friedrichshain, Am Friedrichshain 16/23, sein Drittes Sinfoniekonzert zum Gedächtnis Ludwig van Beethovens mit nachstehendem Programm: Ouvertüre „Leonore Nr. 3“ Violinconcert, Sinfonie Nr. 7. Mitwirkende: Berliner Sinfonieorchester Dirigent: Jascha Horenstein. Josef Woldthal, von der Staatsoper (Violine) Einführender Vortrag: Dr. Hans Fischer. Karten je 75 Bl. einschließlich Garderobe und Wiedererlebe zu haben bei den beiden Volksbildungsämtern und deren Verkaufsstellen. (Siehe Anschlagtafeln.)

# Funkwinkel.

Die wesentlichsten Vorträge dieses Tages behandelten medizinische Themen oder standen doch wenigstens im Zusammenhang damit. Denn die „Sterblichkeitsforschung als Grundlage der Lebensversicherung“, über die Prof. Dr. Alfred Manes berichtete, schlug ohne Frage mindestens ebenso sehr in das Gebiet der Medizin wie in das der Versicherungswissenschaft. Sehr beachtenswert waren aber vor allem die Ausführungen Prof. Dr. med. Alfred Bewandowski, der die „Soziale Krankenhausfürsorge“ behandelte. Bedeutet Besserung der sozialen Lage der Bevölkerung Minderung der Ertränkungen überhaupt, so bedeutet sinngemäß die soziale Fürsorge wenigstens beschleunigte Krankheitsheilung. Ist also Besserung der sozialen Gesamtlage das Ziel, so ist soziale Fürsorge eine Strophe dazu. Prof. Bewandowski zeigte eindringlich an Beispielen, was soziale Krankenhausfürsorge für den einzelnen bedeuten kann. Er wird von den drückendsten Sorgen entlastet, gesundet dadurch rascher und gründlicher und hat darüber hinaus größere Gemäch für eine dauernde Heilung. Soll die Fürsorge aber diese umfassende beabsichtigte Wirkung haben, so ist es nötig, daß sie die Erkrankten nicht nur während der Zeit ihres Krankenhausaufenthaltes berät und unterstützt, sondern daß ihre Hilfe sich auch noch auf die Krankenhausausschleichen erstreckt. Besonders muß hier entweder Aufenthalt in Heilanstalten oder aber Rückkehr zur Berufsarbeit vermittelt werden. Erst in Verbindung mit so umfassender Fürsorge kann Krankenhausbehandlung wirklich erfolgreich werden. Aus dieser Erkenntnis heraus ist die Krankenhausfürsorge auch bereits in zahlreichen deutschen Großstädten eingeführt, wenn sie auch gewiß oft noch sehr ausbaufähig und verbesserungsbedürftig ist. Dr. Frey, Direktor im Reichsgesundheitsamt, sprach zu dem Thema „Das Meeresklima im Dienst der Gesundheit der deutschen Jugend“. Er erörterte in seinem Vortrag nicht nur die verschiedenen Heilerfolge des Meeresklimas, sondern er wies auch darauf hin, daß es Fälle gibt, bei denen ein Seeaufenthalt nicht angebracht ist. Wertvoll war, daß der Redner die Bedeutung von Winterturen am Meere hervorhob, die in weiten Kreisen des Publikums noch immer unterschätzt werden. Der Abend fand mit Einfolge von Schubert und Haydn, von Georg Zell geleitet, einen musiktrohen Abschluß.

## Morphiumsucht!

### Die gefälschten Rezepte.

Ein Chemiker S. hat lange Jahre hindurch Rezepte gefälscht, um sich Heroin und Morphinum zu verschaffen. Gestern hatte nur das Schöffengericht Berlin-Schöneberg zu entscheiden: War der Gift-süchtige, als er die Rezepte fälschte, zurechnungsfähig oder nicht? Und wie hat er gefälscht!

Es lag Methode darin. Er stellte Rezepte auf den Namen wirklich existierender Offiziere aus, unterschrieb sie je nachdem mit dem Namen des nicht existierenden Dr. Braun — es sei sein Freund, ein nicht mehr praktizierender Stabsarzt, sagte er in der Apotheke — oder mit dem Namen des ebenfalls nicht existierenden Dr. Schreiber; auch den entsprechenden Stempel lehte er auf das Rezept. Zu seiner Verfügung standen ja alle Apotheken Berlins; jedoch nicht mehr als zweimal im Monat erschien er in ein und derselben Apotheke. So fielen die Rezepte nicht weiter auf. Suchte der Apotheker im Adreßbuch den Namen des Offiziers nach, so fand er ihn. Als S. aber einmal nach der Adresse des Dr. Braun gefragt wurde, erschien er das nächste Mal nicht mehr in der Apotheke. Ein anderes Mal passierte ihm das Unglück, daß er das Rezept mit dem Namen des Dr. Braun unterschrieb, jedoch den Stempel des Dr. Schreiber darauf lehte. Selbst als die Polizei in einer Apotheke gelegentlich einer Revision drei verdächtige Rezepte mit dem Namen Braun vorfand, konnte S. hier ruhig weiter sein Heroin beziehen. Zum Verhängnis wurde ihm aber die Revision einer anderen Apotheke. Jetzt beschloß die Polizei, den Spuren des Fälschers nachzugehen und so wurde S. verhaftet. Wie war er aber zu seiner verhängnisvollen Suche gekommen, der er etwa 20 Jahre frönte? Gegen einen Nervenschmerz hatte ihm ein Arzt Morphinum verschrieben. So wurde er Morphinist. Das Gift bezog er als Chemiker direkt aus der chemischen Fabrik. Im Jahre 1920 trat aber das Opiumgesetz in Kraft. Nun begann er zu fälschen. Die Rezepte stellte er auf Vorrat her aus Furcht vor den Qualen, die ihm bei einem Opiummangel drohen könnten. Entziehungskuren hatten bei ihm keinen dauernden Erfolg; augenblicklich ist er aber nach einer Behandlung durch einen Spezialarzt Dr. Fraenkel geheilt. War er also zurechnungsfähig, mußte er nicht zwangsläufig sich das Gift verschaffen? Die Ladung des Dr. Fraenkel als Sachverständigen hatte das Gericht verweigert; in einem schriftlichen Gutachten erklärte er aber, dem allgemein herrschenden Standpunkte entsprechend, daß dem S. als gift-süchtigen Rezeptfälscher zweifelsohne der § 51 zuzubilligen sei. Der bekannte Pharmakologe der Berliner Universität, Prof. Joachimoglu, der gestern als Sachverständiger geladen war, meinte allerdings, daß der § 51 in diesem Falle nicht in Betracht käme. Der Professor ist aber nicht Psychiater. Der Staatsanwalt beantragte dem Gutachten des Sachverständigen gemäß 1 Jahr Gefängnis wegen schwerer Urkundenfälschung. Gegen eine Bewährungsstrafe wollte er nichts einzuwenden haben. Troßdem der Verteidiger die Ladung des Prof. Fraenkel beantragt hatte, verurteilte das Gericht den Angeklagten zu einem Monat Gefängnis; sollte sich aber der Angeklagte im Laufe von drei Jahren des Mißbrauches ohne ärztliche Verordnung enthalten, so braucht er die Strafe nicht zu verbüßen; er habe die Fälschung nicht aus verbrecherischer Gesinnung, sondern aus krankhafter Reizung begangen. Wäre unter solchen Umständen die Zubilligung von § 51 nicht doch am Plage gewesen?

## Werbefest der Arbeiterjugend.

Um der schulentlassenen Jugend das Leben und Treiben der Arbeiterjugend zu zeigen, veranstaltete der Bezirk Friedrichshain-Andreasplatz der Arbeiterjugend am Sonnabend in der Aula der Schule Friedenstraße eine Werbefest. Das vielseitige Programm bot den Kräften aus den eigenen Reihen Raum zur freien Betätigung. Mit einem Musikvortrag wurde die Feier eingeleitet, dann sprach ein jugendlicher den Prolog „An die Arbeiterjugend“ von Otto Krille. Die Genossin Hanna Kühne gab mit ihrer Ansprache ein Bild vom Wollen und Wirken der Arbeiterjugendbewegung. Ihre Worte fanden reichen Beifall. In die Gedankengänge des Kampfes der Arbeiterklasse gegen den Kapitalismus führte das Zwiegespräch „Brüderlichkeit“ von Ernst Toller, das zwei jugendlichen schwere Rollen zwies, denen sie aber gerecht wurden. Im zweiten Teil „dem lustigen“, sollte das Leben und Treiben der Arbeiterjugend an ihren Sonntagen dargestellt werden. Zuerst folgten in bunter Reihe heitere Rezitationen. Dieser Teil des Programms war geschickt zusammengestellt. Es wurde immer nur ein Gedicht von jedem jugendlichen vorgetragen. Dadurch wirkten recht viele Kräfte im Programm mit. Das Bühnenspiel „Blühende Erde“, das die Befehung eines Rörglers und Zweislers zur Lebensfreude zum Inhalt hat, war wirkungsvoll eingearbeitet durch Vorbildungen der Volkstanzgruppe. Mit dem Gesang „Brüder zur Sonne“ schloß die schöne Werbefest, die den Schulentlassenen ein Bild vom Wirken der Arbeiterjugend gab. Auch den Eltern von den Schulentlassenen und von den jugendlichen hatte das Programm sehr gut gefallen. Der lebhafteste Beifall nach den einzelnen Vorbildungen war Beweis dafür.

## Zum Thema: „Neue märkische Hausfassaden.“

Unter dem Titel: „Neue märkische Hausfassaden“ berichteten wir vor etwa acht Tagen, daß die Zeit der graufamen „Sukktatur“ genannten Gipsantikelei gottlob zu Ende gegangen und durch die Anwendung von farbigem Krahnpulv ersetzt ist. Hierzu teilt uns ein Leser des „Vorwärts“, der Genosse Anton Teut-hold, Berlin N.W. 21, Turmstraße 35, mit, daß er eine Verbindung gemacht hat, die ohne Zweifel von großem Interesse ist. Auf einem Untergrund von Gips oder Zement trägt er in einer etwa einen Zentimeter dicken Schicht farbiges Steinmehl auf. In dem Bilde, das er gewählt hat, müssen die Grenzlinien zwischen den einzelnen Farben scharf eingeschnitten werden. Im übrigen indessen ist das Verfahren das gleiche wie beim Krahnpulv. Das Verblüffende ist aber: Das hergestellte Bild ist unverwundlich, es sei denn, daß jemand einen Zentimeter tief kratze und die Oberfläche des Bildes förmlich aushöhle. Bei einer ordnungsgemäßen Reinigung bleibt das Bild vollkommen unversehrt. Auf die interessante Erfindung wird noch zurückzukommen sein.

Dieses Fabrikzeichen

bietet die Gewähr für ein Waschmittel ohne schädliche Substanzen, das die Wäsche durchauschont und schneeweiß macht.

Dr. Thompson's Seifenpulver

## Die Rache der Taschendiebe. Verbrecher und Polizei.

Unter der schweren Beschuldigung, mit Verbrechern, und zwar Taschendieben, unter einer Decke gesteckt zu haben, hatte sich gestern der seit dem Jahre 1921 bei der Berliner Kriminalpolizei im Taschendiebstahlsdezernat beschäftigte Kriminalgehilfe Franz Labus vor dem erweiterten Schöffengericht Mitte zu verantworten.

Er bestritt jede Schuld und bezeichnete es, daß er auf der Anklagebank sitze, als einen Nachseht des Verbrechertums, das er in zahllosen Fällen zur Strecke gebracht habe. Die Beschuldigungen gegen Beamte, die erfolgreich gegen sie vorgegangen sind, sind namentlich bei den aus dem Osten stammenden internationalen Taschendieben eine nicht seltene Erscheinung, so sagte der als Zeuge vernommene frühere langjährige Dezernent zur Bekämpfung der Taschendiebe beim Berliner Polizeipräsidium, Kriminaloberkommissar Dr. Riemann, aus. Labus wurde beschuldigt, mit „Soldatenwaller“, dem wiederholt vorbestraften Sager, einem Mitglied der sogenannten Zentrumskolonne, seit Jahren in Verbindung gestanden und ihn über den Stand seiner Angelegenheiten gegen Bezahlung informiert zu haben. Im Februar vorigen Jahres war ein Maurermeister aus Charlottenburg auf einer Bierreise in angebranntem Zustande in einer Schankwirtschaft in der Linienstraße gestledert und seiner goldenen Uhr, sowie einer Brieftasche beraubt worden. Der Verdacht lenkte sich auf „Soldatenwaller“ und ein Ehepaar Moritz, das ebenfalls zur „Kunit“ gehört, in deren Begleitung der Beraubte gewesen war. Das Ehepaar wurde festgenommen, und Sager wurde durch einen Steckbrief gesucht. Zu diesem Zwecke wurde im Polizeipräsidium eine sogenannte Graufarte niedergelegt. Frau Moritz suchte die alleinige Schuld auf Sager zu schieben und sagte aus, daß Sager sehr sicher sei, weil er „oben“ einen Beamten habe, der ihm auch schon von der belastenden Aussage des Ehemannes Moritz Kenntnis gegeben habe. Der Beamte hätte ihm auch bereits die Steckbriefkarte ausgehändigt. Bei den Nachforschungen stellte sich heraus, daß die Graufarte in der allgemeinen Dienstabteilung des Polizeipräsidiums fehlte und daß nur das zweite Exemplar der Graufarte in der Steckbriefzentrale vorhanden war. Sager wurde bald darauf festgenommen und wiederholte seine Anschuldigungen gegen Labus. Er erweiterte sie noch dahin, daß Labus ihm schon seit 1924 in ähnlicher Weise Hilfe geleistet und gegen Strafverfolgungen gedeckt habe. Zum Beweise für die Richtigkeit seiner Angaben berief er sich auf seinen Freund Berndt, und dieser bestätigte, daß er gesehen habe, daß Sager dem Beamten einmal 15 Mark ausgehändigt hätte. Den letzteren Vorgang gab der Angeklagte zu, erklärte aber, daß es sein eigenes Geld gewesen sei, denn in einem Gespräch habe ihm Sager das Geld als geschickter Taschendieb aus der Tasche genommen und ihm nachher zum Beweise dafür, wie leicht auch ein Kriminalbeamter bestohlen werden könne, das Geld wieder ausgehändigt. Die beiden Belastungszeugen Sager und Berndt verwickelten sich in eine ganze Reihe von Widersprüchen. Rechtsanwalt Dr. Diamant bezeichnete es als eine Ironie des Schicksals, daß er jetzt den Beamten zu verteidigen habe, der in zahllosen Fällen als Belastungszeuge gegen von ihm verteidigte Taschendiebe aufgetreten sei. Daß die Zentrumskolonne gesprengt und fast restlos jetzt im Gefängnis sitze, sei in der Hauptsache das Werk dieses von seinen Vorgesetzten als besonders erfolgreichen Beamten bezeichneten Angeklagten gewesen. Er sei zweifellos das Opfer einer Clique von Taschendieben. Landgerichtsdirektor Arndt erklärte in der Urteilsbegründung, daß das Gericht angesichts der Tatsache, daß der Angeklagte als besonders tüchtiger Beamter in den Kreisen der Taschendiebe, mit der größten Gewissenhaftigkeit geprüft habe, ob er des schweren Amtsverbrechens und der Bestechung schuldig sei. Es habe aber keinen Beweis dafür gefunden. Die Aussagen von Sager und Berndt seien so widersprüchlich und unsicher, daß sie wenig Glauben verdienen. Das Verschwinden der Graufarte könne auch auf andere Weise vor sich gegangen sein. Bei diesem Belastungsmaterial war eine Verurteilung des Angeklagten unentbehrlich, und er mußte daher auf Kosten der Staatskasse freigesprochen werden.

## Verhaftung eines falschen Gastkontrollieurs.

Ein falscher Gastkontrollieur, der auch andere Rollen mit Erfolg spielte, trieb seit längerer Zeit in ganz Groß-Berlin sein Unwesen. Wenn er nicht „kontrollierte“, so „reparierte“ er immer „im Auftrag des Gaswerks“. Auf jeden Fall aber stolzer bei seinen Besuchen, was ihm erreichbar war. Mit Ausweispapieren, die er bei diesen Gelegenheiten mit erbeutete, miete er sich dann auf einige Tage ein, während er sonst ohne Wohnung war. Ließen ihn die Wirtstente einmal allein, so bestahl er auch sie und verschwand. Diese Einmietdiebstähle verurteilten den Eigentümer der Ausweispapier, auf die er sich auch polizeilich anmelden ließ, stets Scherereien, denn gegen sie erstatteten die bestohlenen Wirtstente immer Anzeige. Zuletzt versuchte es der Schwindler, ebenfalls mit gestohlenen Papieren, auch bei Wohlfühl-Anstalten mit allerlei Vorpiegelungen über seine Notlage. Auch damit hatte er Glück. An einer Stelle, auf der ihm weitere Unterstützung zugesagt worden war, lohnte er das Entgegenkommen damit, daß er eine Uhr stahl, die einer der dort tätigen Damen gehört. Trotzdem war er so dreist, noch einmal zu kommen, um sich nach dem Stande seiner Sache zu erkundigen. Jetzt aber ließ man ihn festnehmen und die Kriminalpolizei, bei der er wieder mit falschem Namen durchzukommen versuchte, erlachte ihn als einen 25 Jahre alten Wertzeugmacher Wilhelm Büttner, der auch schon das ganze vergangene Jahr hindurch von diesen Schwindelstücken und Diebereien gelebt hat.

Zum Berliner Bezirksparteitag. In dem Bericht über den Berliner Bezirksparteitag ist nachzutragen, daß auch noch der Genosse Max Tolsdorf-Köpenick als Delegierter zum Parteitag in Kiel gewählt worden ist.

Die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten gibt bekannt, daß die Geschäftsräume am Osterjohannabend geschlossen sind.

Zwei Jubilare. Genosse Gottlieb Jant, 1. Abteilung, wird heute 75 Jahre alt. Er ist einer der alten Garde, der in seinem engeren Wirkungskreis die für die Partei in erster Linie notwendige Kleinarbeit verrichtete und in keiner Versammlung fehlte. Heute lebt er als Sozialrentner in behaglichen Verhältnissen. — Bedauerlich vollendet bei einigen Tagen der Genosse Albin Kramer, Weihenau, sein 75. Lebensjahr. Genosse Kramer war besonders während des Sozialistengesetzes rühmlich tätig, hat alle seine Kräfte am eigenen Leibe zu spüren bekommen.

Der Verkäufer Hugo Schmidt ist am 15. April 25 Jahre ununterbrochen auf dem Köpenicker Bahnhof (Bahnhofbuchhandlung) tätig.

Der Ausschuss der Berliner Stadtsynode tritt mit zu dem heutigen Anfecht, mitzutellen, daß Einwendungen gegen die Höhe der Kirchensteuer, sowie Anträge auf Erhöhung, Ermäßigung oder Erlass der Kirchensteuer nicht beim Finanzamt, sondern mündlich bei den zuständigen Kirchgemeinden, schriftlich bei dem geschäftsführenden Ausschuss der Berliner Stadtsynode, Charlottenburg 2, Warchstr. 4/5, anzubringen sind.

Ein neues Verfahren zur Zelluloseherstellung? Der ungarische Ingenieur Bela Dörner hat ein patentiertes Verfahren zur Herstellung hochwertiger Zellulose aus Maisstroh an eine amerikanische Gruppe von Großkapitalisten verkauft. Die Amerikaner hoffen, den Farmern eine neue Einnahmequelle verschaffen zu können, da das Maisstroh bis jetzt als wertlos galt.

Das Urteil im Prozeß Schultheiß rechtskräftig. Der Inhabernehmer Friedrich Schultheiß in Frankfurt a. M., der wegen schweren Raubes und Lothschlags vom Schwurgericht zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt worden ist, hat heute die Erklärung abgegeben, daß er die Strafe annehme. Auch die Staatsanwaltschaft hat auf Einlegung der Revision verzichtet. Somit ist das Urteil rechtskräftig.

Schwerer Schiffsunfall in der Offsee. Der Uetersener Motorlogger „Beria Breede“ aus Kopenhagen, der sich mit einer Ladung Eisen unterwegs nach Stettin befand, sank infolge Sturmes auf der Höhe von Arkona. Zwei Mann der Besatzung ertranken. Der Kapitän wurde schwer verletzt von einem zu Hilfe geeilten Hamburger Dampfer gerettet.

## Sport.

### Rennen zu Strausberg am Dienstag, dem 12. April.

1. Rennen. 1. Dullekop (L. Broda), 2. Tapua (Schreier), 3. Spiritist (Eckert). Toto: 25:10. Platz: 12, 12, 16:10. Ferner liefen: Alkemit, Fort, Darbano, Adolphus.  
2. Rennen. 1. Rainsberg (R. Jentzsch), 2. Reander (Bals), 3. Traunegg. Toto: 34:10. Platz: 10, 12, 12:10. Ferner liefen: Logarithmus, Amersfoort, Almeida, Dajard, Lord Val, Firt Fruit, Sonja, Golpracht.  
3. Rennen. 1. Baltazar (Moritz), 2. Lauf (Rüsch), 3. Morgenpracht (v. Borde). Toto: 28:10. Platz: 10, 12, 10:10. Ferner liefen: Giltus, Rana, Diesel R., Döbe.  
4. Rennen. 1. Hülender Fuchs (Hilbers), 2. Transuse (Staudinger), 3. Konrabin (Bleuler). Toto: 32:10. Platz: 13, 20, 20:10. Ferner liefen: Schneberg, Volter, Kädgrat, Kettelbeck, Arnulf, Rukia, Helltrop.

5. Rennen. 1. Tolla (Rüsch), 2. Rache (Edermann), 3. Ma Beribe (Reith v. Horn). Toto: 63:10. Platz: 22, 13:10. Ferner liefen: Drplib, Bogull.

6. Rennen. 1. Franzia (Bals), 2. Ligenz (Schönlich), 3. Thema (Hilbers). Toto: 16:10. Platz: 10, 17, 19:10. Ferner liefen: Türkin, Buschenschaff, Witterlich, Lebensmut.

7. Rennen. 1. Datt (Burs), 2. Dame (Wes), 3. Treuberg (Rammchen). Toto: 50:10. Platz: 27, 243, 45:10. Ferner liefen: Balid, Argonaut, Schierke, Mikabelle, Heano, Ardostin.

Die Oster-Radrennen. An beiden Osterfesttagen werden in Berlin Radrennen vor sich gehen. Den ersten Feiertag hat sich die Olympia-Bahn reserviert, während die Rati-Arena am zweiten über die Vloeten öffnet. Rät bringt eine Stunde Fliegerrennen, eine Stunde Dauerrennen und eine Stunde Mannschafrennen. Im Ablauf erscheint internationale Klasse: es starten im „Großen Osterpreis“ — vier Dreierläufe über je 1000 Meter — der französische Fliegermeister Schillig, der Schweizer Einzelmeister Kaufmann, der Hannoveraner Finke und der Kreelder Schamberger. Von den Dauerfahrern sind zunächst verpflichtet Riquel und Paul Roth. Ein Auscheidungsfahren für Berufsfahrer und ein Stunden-Mannschafrennen für Amateure umnahmen das Programm.

**1/8 Anzahlung  
10 Monate**

<b>Herrn-Anzüge</b> von 50.— an	<b>Damen-Mäntel</b> von 28.— an
<b>Herrn-Mäntel</b> von 45.— an	<b>Damen-Kleider</b> von 16.— an
<b>Herrn-Gummimäntel</b> von 19.50 an	<b>Damen-Kostüme</b> von 39.— an

**Lothringer StraÙe 67 Beiser Frankfurter Allee 336**



**Die Frau von heute**  
hat's entdeckt, weshalb der  
Kuchen so gut schmeckt:  
**Das liegt am Mondamin**

Darum 2 goldene Backregeln:

1. Man nehme zum Kuchenbacken statt 1 Pfd. Mehl ein für allemal nur 3/4 Pfd. Mehl und 1/4 Pfd. Mondamin. Dann wird der Kuchen zarter, lockerer und leckerer, dabei aber billiger, weil man weniger Eier und Butter braucht!
2. Vor dem Anrühren ist das Mehl, nachdem man es mit dem Mondamin vermischt hat, mehrmals durchzusieben!

Das Paket Mondamin (niemals lose) kostet 35 Pfg.

**Hausfrauen, denkt daran:**  
„Mondamin verfeinert Mehl!“

**Guatemala Kaffee Import**  
A WIATRAK NACHT  
Hugo Baumgärtner  
Berlin S 016  
Köpenicker Str. 75  
Märzplatz 1926

**Verkaufsstellen:**  
Köpenicker Straße 75. Steglitz, Bismarckstraße 64a. Lankwitz, Bruchwitzstraße 6.  
Berlin N, Müllerstr 153a  
Neukölln, Kottbusser Damm 103  
Neu eröffnet: Alte Schönhauser Straße 46

**Ein guter Wurf**

Aus einem großen  
**Gelegenheits-Posten**  
moderner, jugendlicher  
**Woll-Kleider**  
Größen 33-44  
bringen wir jetzt  
**Sensations-Angebote**  
in nebenstehenden

**4 Preislagen**

In jeder Preislage  
größte Auswahl!  
Jeder Preis  
ein Rekord!  
Jeder Kauf  
ein guter Griff!  
und... Wer zuerst  
kommt, mahlt zuerst!

**15<sup>50</sup>**  
**19<sup>50</sup>**  
**24<sup>00</sup>**  
**29<sup>00</sup>**

**1/6 ANZAHLUNG**  
**8 MONATSRATEN**

**Jeder**

**Brunnenstr. 197 Frankfurter Allee 350 Kottbusser Damm 103 Chlb. Scharrenstr. 5**  
AN ROSENTHALER PLATZ ECKE WILHELMSDORFERSTR.



# Verstaatlichung des Kredits.

## Die Ansichten eines Bankfachmanns.

„Für den jetzigen Stand der deutschen Volkswirtschaft ist die Feststellung von Bedeutung, daß die Privatbankwirtschaft in den Jahren nach dem für Deutschland unglücklichen Kriegsende versagt hat; denn der reine Profitzweck der Privatbankwirtschaft hat der volkswirtschaftlichen Wohlfahrt nicht entsprochen — es wurde schließlich auch zu spekulativen und konsumtiven Zwecken, zu Fabrikationen überflüssiger Artikel Kredithilfe gewährt und das in einer Zeit des wirtschaftlichen Abstiegs und Niedergangs, wo es angebracht gewesen wäre, die Wirtschaft nach dem Zusammenbruch besonders zu stützen. . . . Es fehlte jede Kapitalzufuhr, jede Kapitalmarktkontrolle. . . . Die heutige Volkswirtschaft leidet unter einer Desorganisation des Geld- und Kreditwesens. . . .“

### Die Verstaatlichung als praktische Notwendigkeit.

Diese Worte finden sich nicht etwa in einer sozialistischen Streitschrift, sondern in einem Buche, das aus der wissenschaftlichen und praktischen Erfahrung eines Bankmannes die Notwendigkeit herleitet, die volkswirtschaftliche Wohlfahrt nicht entprechend eingestellter Kreditpolitik durch eine vollkommenere, gemeinwirtschaftliche Organisation zu ersetzen. Die Schrift hat einen Mitarbeiter der Deutschen Reichsbank, Dr. Robert Deumer, zum Verfasser. („Die Verstaatlichung des Kredits“, 371 Seiten, Verlag Duncker u. Humblot, München-Leipzig 1926.) Das gibt ihr nach einer Richtung eine besondere Bedeutung. In dem großen Apparat des Zentralnoten- und -bankinstituts hat der Verfasser beobachtet können, wie sehr Kosten durch planvolle Vereinfachung des Betriebes gespart werden können und wie weit die Organisation des Geldverkehrs denkbar ist, ohne die Hauptaufgabe einer gemeinwirtschaftlichen Organisation zu vernachlässigen, die in der möglichst vollkommenen Versorgung der gesamten Wirtschaft mit Krediten unter dem Gesichtspunkt größter Produktivität der Gesamtwirtschaft besteht.

### Sozialisierung und Verstaatlichung.

Gerade unter Berücksichtigung dieser Tatsachen ist der Radikalismus auffallend, mit dem Deumer an die gemeinwirtschaftliche Umformung des Kredits herantritt. Wie bei jeder Sozialisierung, so muß man auch bei dieser zwei ganz verschiedene Problemkreise unterscheiden: das Eigentumsproblem und die Organisationsfrage. Verstaatlichung bedeutet an und für sich noch keine Sozialisierung, zumal dann nicht, wenn sie lediglich den Zweck verfolgt, dem Staat neue Einnahmequellen zu erschließen. Hinzutreten muß diejenige Organisation, die dem Kunden des entlegenen Betriebes die höchste Leistung bei niedrigsten Kosten, dem im Betrieb tätigen Arbeiter und Angestellten wirklich soziale Arbeitsverhältnisse und das Recht auf Mitwirkung im Produktions- oder Verteilungsprozeß gibt.

### Staatsmonopol gegen Privatmonopol.

Deumer fordert nun rund heraus die Enteignung sämtlicher privaten Banken, um die Verstaatlichung des Kreditwesens durchzuführen zu können. Warum? Die Konzentration im Bankwesen ist so fortgeschritten, daß ein privates Monopol mit allen Nachteilen einer auf Profit gestellten Wirtschaft tatsächlich besteht. Die Umwandlung in ein staatliches Monopol entspricht nur der zwangsläufigen Entwicklung; diese kann die Überlassung einer solchen Wirtschaftsmacht an Private nicht mehr dulden, sobald sich daraus für die Allgemeinheit schwere Schäden ergeben, sobald vor allem mit der Verstaatlichung die Voraussetzungen für eine großzügige Kostensenkung geschaffen werden können. Ausgenommen von der Verstaatlichung sollen nur Geldgeschäfte sein, die entweder zins- oder provisionslos zustandekommen oder solche, die nur die Stundung in der Warenbezahlung betreffen. Alle bankmäßigen Geschäfte jedoch, ob sie von Kredit- oder Hypothekendarlehen ausgeht, sollen dem Staat übergeben werden. Der Verfasser verweist darauf, wie bei der Schaffung anderer Staatsmonopole — Eisenbahn, Post — die gleichen Beweggründe und die gleichen Erfolgsaussichten vorliegen.

Daß Deumer zugleich die Verstaatlichung der kommunalen Spar- und Girokassen verlangt, während er gleichzeitig die ländlichen Kreditgenossenschaften und die Stadtkassen aufrecht erhalten und nur lose dem System des verstaatlichten Kredits anpassen will, erscheint als abwegig solange, wie noch der kommunale Kreditbedarf und seine Befriedigung besonderen Gesetzen unterliegen.

### Zur technischen Durchführung.

Zu der Organisation des verstaatlichten Kredits macht Deumer positive Vorschläge, als deren wesentlichste Punkte die folgenden festgehalten seien: Zusammenwirken der gegenwärtigen

Bankleiter und der öffentlichen Organe mit der übrigen Wirtschaft, Aufrechterhaltung der bestehenden Firmen unter Beseitigung der unnötigen Filialen, Beteiligung der verantwortlichen Leiter am Gewinn, Vereinheitlichung des Zahlungsverkehrs, Schaffung von Einheitspandbriefen, Ausweitung zur Herbeiführung der öffentlichen Kontrolle usw. Die Verwaltung der staatlichen Betriebe erfolgt nicht auf kameralistischer Grundlage, sondern in Form einer selbständigen Gesellschaft, deren Kapital dem Staat gehört und deren Gewinne diesem zustehen.

### Eine Zweckschrift. — Ihre gegenwärtige Bedeutung.

Es würde viel zu weit führen, wollte man Deumers Vorschläge im einzelnen kritisch würdigen. Vieles wäre da zu beanstanden, insbesondere die außerordentliche starke Beteiligung der Interessenten an der Bankenaufsicht, während die Mitwirkung der letzten Verbraucher vernachlässigt zu sein scheint; diese wäre jedoch eine der Bedingungen, die allein es wahrscheinlich machen, daß ein verbilligter Kredit dem Volksganzen und nicht nur der Unternehmerrente der kreditnehmenden Kreise zugute kommt und daß im übrigen bei der Kreditverteilung nicht nur die Interessen des Großbesitzes, sondern auch volkswirtschaftliche Gesichtspunkte beachtet werden. Teilweise mag die Konstruktion des von Deumer entwickelten staatlichen Kredit-systems von Momenten beeinflusst sein, die sich aus der Zielsetzung der Schrift ergeben. Sie war zur Lösung einer Preisfrage gedacht, die unter Aufrechterhaltung der individualistischen und kapitalistischen Betriebsweise nur die Beseitigung ihrer Auswüchse und Mißstände im Interesse der National- und Gemeinwirtschaft will (Staatsmutualismus). Hieraus dürfte sich das Streben erklären, in der Verfassung eines verstaatlichten Kredit-systems die gegenwärtig wirkenden Wirtschaftskräfte stärker zu berücksichtigen als es wahrscheinlich im Interesse des Endverbraucher nötig ist.

Aber gerade der Umstand ist wichtig, daß Deumer, obwohl er von „Sozialisierung“ nichts wissen will, die Bankensozialisierung für notwendig, nützlich und volkswirtschaftlich vorteilhaft hält und das mit vielen Einzelheiten zu beweisen vermag. Selbst wenn man ihm nicht in allen Punkten seiner Beweisführung folgen kann und will, bleibt doch die Tatsache übrig, an der weder die Behörden noch die organisierte Arbeiterschaft vorübergehen kann: daß nämlich nach uninteressiertem Urteil unser Kreditwesen unzulänglich ist und durch planmäßige, unter staatlicher Führung durchführbare Vereinfachung verbilligt und verbessert werden kann. Das ist der Sinn dieser Schrift, die auch unseren öffentlichen und privaten Bankleitungen zu denken geben sollte.

### Weltwirtschaftskonferenz und internationale Kartelle.

#### Eine Denkschrift des Reichsverbandes der Industrie.

Ein wichtiger Punkt auf der am 4. Mai in Genf beginnenden Weltwirtschaftskonferenz wird die Behandlung der internationalen Kartelle und die Vorfrage sein, die zum Schutz der Verbraucher und der letzten Konsumenten gegen internationale Monopole auch von der Arbeiterschaft gefordert worden ist. Für den Reichsverband der deutschen Industrie hat Dr. Lammer, der Vorsitzende des Deutschen Enqueteausschusses und Mitglied des Genfer Komitees für Industriefragen, eine Vorarbeit geleistet. Einer von der Kartellstelle des Reichsverbandes veröffentlichten Denkschrift über die „Kartellgesetzgebung des Auslands“ schickt Lammer eine Einleitung voraus, die wohl als Stellungnahme des Reichsverbandes der Deutschen Industrie zu den Verhandlungen auf der Weltwirtschaftskonferenz angesehen werden darf und deshalb Beachtung verlangt.

Die Diskussion über die internationalen Kartelle sei heute Mode geworden. Sie sei einer der Hauptgänge in der Speisefolge einer wirtschaftspolitischen Gastmahlzeit. Europäische Wirtschaftspolitik und Zollunion bilden vielfach den mehr oder weniger genießbaren Nachtisch. Nach dieser keineswegs sehr würdigen Kennzeichnung der internationalen Kartellprobleme läßt die Denkschrift es ab, daß die deutsche Industrie ihren zeitlichen und organisatorischen Vorsprung in der Kartellierung zu einer wirtschaftlichen Hegemonie auszunutzen wolle, was der deutschen Industrie vielfach unterzogen werde. Deutschland sei zweifellos politisch in der Zukunft im Spiel der Mächte als der schwächere Teil anzusehen, für den ganz besondere Vorsicht geboten sei. Nach dem Beispiel der europäischen Rohstoffgemeinschaft, wo der Kartellvertrag und der deutsch-französische Handelsvertrag eng verknüpft wurden, merkt Lammer auch ausdrücklich die Notwendigkeit der Vorsorge auf handelsvertraglichem Gebiete an, wo eine Regelung durch internationale Kartelle erfolgen solle. Von deutscher Seite könnten internationale Kartelle von größerer Bedeutung niemals ohne ausserordentliche Prüfung des ganzen Komplexes der Handelspolitik und gegebenenfalls nicht ohne

ausdrückliche Kartellen für die Ausbalancierung der letzteren abgeschlossen werden. Die deutschen Stellen werden gewarnt, die ausländischen Stimmen kritisch zumiel Vertrauen schenken, wo diese Vorzüge der deutschen Industrieorganisation preisen. „Jeder Schmeichler lebt auf Kosten desjenigen, der ihn anhört.“ Die Diktierung über Reparationskonto dürfte in einem solchen Verhalten nicht ausbleiben.

Eine deutsch ablehnende Stellung nimmt die Denkschrift des Reichsverbandes der Deutschen Industrie auch zur Frage der Kontrolle der internationalen Kartelle und Monopole ein. Die Kontrollfrage, die nicht nur die Arbeiterschaft, sondern auch die verarbeitende Industrie und die bedeutendsten Autoritäten des Auslands mit Recht eine entscheidende Rolle beimessen, wird als hoffnungslos bezeichnet, „so lange nicht der solidarische Gedanke der Völker in der staatspolitischen Formung konkreter Gestalt angenommen hat“. Es ist schon heute wichtig festzustellen, daß sich der Reichsverband der deutschen Industrie damit in scharfem Gegensatz zu der auch auf der Weltwirtschaftskonferenz sehr starken Strömung setzt, die ausdrücklich die Organisation einer ausreichenden Kontrolle zum Schutz der Verbraucher der letzten Konsumenten und der Arbeiterschaft will. Noch kürzlich hat das Mitglied der Sorbonne in Paris, Professor Quail, gerade den Standpunkt der Arbeiterschaft nachdrücklich zu seinem eigenen gemacht.

Diese Stellungnahme des Reichsverbandes der Deutschen Industrie ist deutlich genug. Wenn deshalb der Reichsverband sagt, daß die durch Kartellierung im Wege vertraglicher Selbstbeschränkung erstrebte Sicherung gesunder Produktionsverhältnisse nicht die Produktion zum Endzweck habe (des Gewinns), sondern die Hebung des Lebensstandards der Menschheit im Wege der Verbilligung des Produktes und damit der Steigerung des Konsums, so wird man mit Recht diese „Zielsetzung“ als leere Theorie oder bestenfalls als frommen Wunsch bezeichnen dürfen. Jedenfalls dürfte nach dieser Stellungnahme feststehen, daß die Vertreter der deutschen Industrie in Genf zur Frage der internationalen Kartellkontrolle sich absolut ablehnend verhalten werden.

### Konsumgenossenschaftlicher Fortschritt im März.

Die Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend berichtet für den Monat März über einen Mitgliederzuwachs von 1555; die Zahl der Mitgliederzunahmen im laufenden Geschäftsjahr erhöht sich dadurch auf 16 013, der Mitgliederbestand auf 149 146. — Der Märzumsatz beläuft sich auf 3 579 478 Mark, was einer Steigerung gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres um 631 860 Mark oder 21,3 Proz. entspricht. Eine besonders günstige Entwicklung weisen die Fleischabgabestellen mit 72 Proz. und die „Hoffnung“-Bekleidungs-Industrie G. m. b. H. (Tochtergesellschaft der Konsum-Genossenschaft Berlin) mit 66 Proz. Umsatzvermehrung auf. Das Netz der Fleischabgabestellen wird durch eine am Donnerstag, dem 14. April 1927 erfolgende Neueröffnung in der Großschloßung Brigg, Friedrich-Reuter-Allee 46, erweitert. — Die Sparkasse der A. G. B. vermehrte ihren Einlagebestand um 580 346 M. auf 14 574 002 M. zu erhöhen.

### Zollkrieg Oesterreich-Tschechoslowakei.

#### Über ein „halbes“.

Deutschösterreich hat im November vorigen Jahres den Handelsvertrag mit der Tschechoslowakei teilweise gekündigt, weil man der Ansicht war, daß dieser Vertrag allzu ungünstig sei. Mit dem 15. April treten, da die inzwischen geführten Verhandlungen ergebnislos geblieben sind, die „Zusatzabkommen“ zu dem Handelsvertrag, entsprechend der Kündigung, außer Kraft; der Handelsvertrag selbst aber, ein Meistbegünstigungsvertrag (der außerdem noch Bestimmungen über Niederlassungsrecht usw. enthält) bleibt bestehen, damit auch die Meistbegünstigung. Es kommen also nur die vertraglichen Zollbindungen für einzelne Warenpositionen in Fortfall. Weder wird ein eigentlicher Handelskrieg mit Ein- und Ausfuhrverboten, Kampfzöllen usw. ausbrechen, noch wird ein vertragsloser Zustand entstehen wie zwischen Deutschland und Polen. Soweit in Betrachtungen zwischen einem der beiden Länder mit dritten Staaten Vertragszölle festgelegt sind, bleiben sie auch jetzt für den tschechisch-österreichischen Handelsverkehr in Geltung.

Aber auch dieser „halbe“ Zollkrieg bedeutet natürlich eine außerordentliche Erschwerung der beiderseitigen Handelsbeziehungen und er wirkt sich auch gegenüber anderen Staaten, beispielsweise gegenüber Deutschland insofern aus, als der Export nach Österreich und nach der Tschechoslowakei bei solchen Waren, für die die Vertragszölle jetzt weggefallen sind, die höheren autonomen Zölle zu zahlen hat. Bitter ist zu befürchten, daß die deutsch-tschech-

## Haut-Bleichkrem

„Mora“ so wie Mora teilt bleichen Gesicht und Hände in kurzer Zeit rein weiß. Wirksam erprobte unerschöpfliche Mittel gegen ungleiche Hautfarbe, Sonnenprossen, Leberflecke, gelbe Flecke. Mit genauer Anweisung in allen Chlorodont-Verkaufsstellen zu haben.

# ZUM OSTERFEST NEUE SALAMANDER!

Unsere Frühjahrsmodelle sind bei bester Qualität und Passform vorbildlich für die Mode.



# SALAMANDER





## Maja.

Von Wera Inber.

Im Süden, an den Ufern des Schwarzen Meeres liegt eine kleine Stadt. Sie hat wie üblich eine alte genuesische Festung, welche aus Trümmern, Unkraut und Eibecken besteht. Drinnen ist eine griechische Kaffeehütte, an deren Wänden sich eine hundertjährige Glasrinne emporkrankt und ihre selbigen Blütenblätter in den samtglatten Kaffee fallen läßt. In der Stadt gibt es auch einen Markt, der im Sommer voll von Händlern und Pfirsichen ist. Die jungen Raiskolben auf dem Markt haben zarte, graue Härchen und Kaufschändchen; das übrige ist mit einer grünen Haube bedeckt. Außerdem gibt es in der Stadt noch ein Kino und zwei oder drei Behörden; aber am Ende jeder Straße ist das Meer und alles andere ist nichts im Vergleich dazu. Auf dem Strand sind Rehe ausgespannt und Boote ruhen sich aus — auf dem Rücken oder auf dem Bauch. Manchmal rollt eine lange, schaumlose, wie Glas geschliffene Welle heran und verläuft sich zischend im Sand.

In der Stadt gibt es ein Museum. . . .  
Wenn die Griechinnen auf ihre Männer warten und das Abendessen bereiten, unterhalten sie sich darüber, daß der alte Stawrakl, der jetzige Museumsaufseher, und früher einfach ein reicher Mann, daß dieser Stawrakl der Enkel eines Schmugglers sei, der sich ein schönes geräumiges Haus gebaut hatte und auf den Tischen und Dimans all die Wunderdinge und Raritäten ausbreitete, die er in fremden Ländern gesammelt hatte. Darunter war auch ein persischer Schah, weiß und rosa wie Rosen im Schnee.

Sein Sohn Hadrian hatte schon seinen so anständigen Beruf mehr. Er lebte in einer großen Stadt, in Odessa. Dort hatte er einen Laden, in dem Kanarienvögel und Korallen verkauft wurden. Aber sein Sohn, der auch Hadrian hieß, dachte gar nicht mehr daran, den Laden zu übernehmen. Er verkaufte ihn, richtete einen Obsthandel ein, aber selber verkaufen tat er nicht, sondern nahm einen Geschäftsführer. Er selbst fuhr ins Ausland, lebte sehr lange dort, heiratete aber nicht. Dann kehrte er in seine Heimatstadt zurück, setzte das Haus seines Großvaters in Stand, er schmückte es auch wunderbar aus. Der persische Schah seines Großvaters litt nicht mehr Einsamkeit; er hatte eine ganze Kollektion Kameraden, ebensolche persische Schahs wie er. Außerdem gab es dort Bilder, Statuen, alte Möbel, Spitzen und Minerale.

So lebte der junge Stawrakl bis er alt wurde. Aber dann kam die Revolution.

Das Haus des Hadrian Stawrakl wurde in ein Museum umgewandelt und sein früherer Besitzer zum Aufseher gemacht. Als Wohnung wurde ihm ein Wohnzimmer zugewiesen, in dem früher eine große weiße Statue lebte, die ein nacktes Mädchen mit einem Spiegel darstellte.

2.

Es ist Sonntag und im Museum sind besonders viel Besucher. Die Tochter der Krämerin Diamanda ist schon ganz außer Atem. Sie muß nämlich Eintrittskarten verkaufen und den Besuchern Schirme, Stöcke und sogar Pfeifen abnehmen. Die letzte Vorschrift wird besonders streng befolgt seit dem Vorfall mit dem Fischer Christl, der vor dem Bild des italienischen Malers Canaletto stehen blieb und ausrief:

„Ein schauderhaftes Boot! Versuch: will ich sein, wenn man darin gegen den Wind rudern kann!“

Und dabei stieß er mit seiner Peise so stark gegen die alte Leinwand, daß auf der zarten Oberfläche des Meeres ein Loch entstand. Worauf der Vorstehende des „Fischerbureaus“, ein junger russischer Bursche Pavel Sujem, ihm vorwurfsvoll sagte:

„Genosse Christo, wir hielten Sie für einen bewußten Menschen, aber Sie haben das Gegenteil bewiesen. Ist es denn überhaupt denkbar, einen Gegenstand der Kunst auch nur mit dem Finger zu berühren? Auf keinen Fall!“

Die Arbeiterin Dorosjka Reufmann, braungebraunt, kühnlich, eine begeisterte Sportlerin, die aus dem internationalen Weltschwimmen alle Rekorde geschlagen hat, steht vor einem Gemälde, das eine Spanierin darstellt, in einem steifen Kleid, mit perlenbesetzten Haaren, und erklärt ihren Freundinnen:

„Denk euch doch nur, wie das war, wenn sie sich alle zwei Stunden ihr Haar wusch und sich nie richtig wusch. Und das Kleid . . . Natürlich haben sie wie Parasiten gelebt.“

Aber . . . sie blüht in das Gesicht, sieht darin ein lautes Lächeln und sagt fast flüsternd hinzu, — aber sie ist doch sehr schön. Da geht der alte Stawrakl vorbei und Dorosjka Reufmann verstummt.

An einer anderen Wand steht ein „Pionier“ vor dem Abguss des David von Michelangelo. Er steht dreibeinig da, die Arme auf dem Rücken verschränkt. Seine Mühe ist in den Nacken geschoben, seine rote Krawatte ist fest über der Brust verknüpft. Schließelich knipst er mit den Fingern und ruft aus: „Ein begabter Künstler!“

„Wer?“ fragt streng Stawrakl, der seinen Ohren nicht traut. Aber der Pionier ist nicht so leicht einzuschüchtern wie die Arbeiterin Dorosjka Reufmann.

„Na, Michelangelo, natürlich,“ antwortet er. „Was doch der Bursche für einen Bizeps hat. Und die Bein! Ja, wissen Sie, der würde bei einem Wettrennen jeden Rekord schlagen, auf jeder Strecke, sogar wenn er Vorsprung gibt.“

3.

Der einäugige Ananoff, jetzt Museumswächter und gleichzeitig Köchin, Waschfrau und Zimmermädchen des alten Stawrakl, bringt auf einem kleinen Tablett das Abendrot: die Schokolade in einer flachen Steingutschale, Gebäck, Butter und Wabenhonig auf einem Weindolch. Ein töpliches Abendmahl, das auch ein Grieche der Antike nicht ablehnen würde. Außerdem bringt Ananoff noch einige Briefe, den gestempelten Fang, den das Meer des Lebens heute auf den Schreibtisch des alten Stawrakl angeschwemmt hat.

Stawrakl schraubt den Docht der Petroleumlampe tiefer, verzehrt langsam sein Mahl und überfliegt die erhaltenen Briefe. Sie sind uninteressant. Zwei, drei von seinen Kollegen. Einer von der Zentralbehörde, eigentlich kein Brief, sondern eine offizielle Verordnung über die Ausfüllung von Fragebogen durch die Besucher (ein Formular ist beigelegt). Der Alte lächelt ironisch und legt die offizielle Verordnung beiseite. Und hier endlich ein richtiger Brief. Auf einem gewöhnlichen Kuvert ist mit blauen, ausdruckslosen Buchstaben die Adresse geschrieben. Er öffnet den Brief und liest: „Lieber, teurer Onkel!“ — Er hält inne und blickt auf die Lampe; Onkel, ja wissen Onkel ist er denn? Und dann fällt es ihm ein. Ja, in der Tat, er hatte eine Nichte, sie hieß Aglaja. Sowie er sich erinnert

ternte, war mit ihr irgend etwas nicht ganz in Ordnung. Ach ja: sie hatte einen Kommunisten geheiratet. Nun, was will sie denn von ihm, diese Aglaja, mit dem Profil der byzantinischen Kaiserin Theodora. Sie kränzelt, schreibt sie. Ihr Mann ist in die tatarische Republik geschickt worden, um dort Genossenschaften zu gründen, und sie und die Kinder müssen unbedingt ans Meer. Und da fiel ihr der liebe, teure Onkel ein, und sie hofft, daß er ihr die Gastfreundschaft nicht verweigern werde.

Stawrakl überlegt sehr lange. Einerseits wird das natürlich mit vielen Umständen verbunden sein, aber andererseits war Aglaja als Kind so drollig und entzückend. Sie liebte Früchte und Märchen. Einmal, als sie eine Kokosnuss sah, fragte sie:

„Wenn das ein Ball ist, warum springt er nicht, und wenn es ein Kisse ist, warum hat er keinen Schwanz?“

Hadrian Hadrianowitsch weckt Ananoff, der in einem Kämmerchen unter der Treppe schläft, in das das Mondlicht wie ein Dolch durch das schmale Fenster dringt. Er gibt ihm einen Zettel, Geld und sagt:

„Das bringst du morgen auf das Telegraphenamt.“ Und schon im Vorgehen fügt er hinzu: „Und bringst das Zimmer, wo die alten Rahmen stehen, in Ordnung.“ (Schluß folgt.)

## Die Entlassenen.



v. Kaudell: „Man kann mir doch unmöglich die Zusammenarbeit mit Untergebenen zumuten, die 1920 über ihre Eidespflichten besser orientiert waren, als ich, ihr jetziger Minister!“

## Kleine Tragödie im Gerichtssaal.

Von Rear.

Vor dem Richter steht ein junger Arbeiter. Knapp 18 Jahre mag er alt sein. Er steht bleich und scheu hinter den Schranken, die so unangenehm an einen Käfig gemahnen, nur daß man dort Menschen hineinsperrt. Der Zuschauerraum ist wie immer besetzt, denn es finden sich merkwürdiger Weise stets Leute, die ohne ein amtliches oder berufliches Interesse ihre Reugier und Sensationstulst dadurch befriedigen, daß sie zusehen, wie einer ihrer Mitmenschen in den Wänschen der Justiz zappelt und lustgerecht erlegt wird. Es kostet ja nichts, man schlägt billig die Zeit tot und hat es im Winter noch obendrein warm. Die Justizwachmeister sitzen schläfrig an ihrem kleinen Tischchen. Die sind abgedröhnt und sehen gleichgültig aus, sie haben das alles ja schon so oft erlebt. Der Angeklagte ist ein richtiger Prolet. Er hat es nicht gelernt, Verbergungen zu machen, er kann nicht gewählte Ausdrücke gebrauchen, er redet, wie ihm der Schnabel gewachsen ist, und durch seine Worte flingt ein geheimer Groll. Der Richter aber ist ein würdiger Herr mit Schmissen im Gesicht und besetzt von der nötigen amtlichen Ausrüstung. Sicher hat er nie in seinem Leben mit einem Arbeiter an einem Tisch gesessen und seine Sprache und Lebensweise ist ihm fremd wie die der Hottentotten. Sein Gesicht ist gerötet von innerer Wut und seine Stimme ist scharf und hart, wie die eines erbarungslosen Feindes. Der Angeklagte hat keinen Verteidiger und ist also hilflos dieser ihm unverständlichen Maschine ausgeliefert, die eben zu laufen beginnt. Die Beweisaufnahme nimmt ihren Anfang. Ein paar Zeugen, biedere Leute, werden vernommen. Das Auge des Befehles in Gestalt eines uniformierten Schuppelzisten erscheint vor dem Zeugenisch. Mechanisch nimmt der Richter die Eide ab, in denen Gott zum Zeugen gegen ein armseliges Menschenkind aufgerufen wird. Der Staatsanwalt sieht unbeteiligt an seinem Platz und arbeitet in seinen Akten. Und nachdem alle Zeugen ausgefragt haben, wissen wir alle im Saal, was der Angeklagte ausgekostet hat. Er ist ein Maurer und an einem heißen Augusttag hat er sich auf dem Bau ein bißchen stark unter Alkohol gesetzt. Das war gewiß nicht schön von ihm, aber er ist ja noch ein blutjunges Kerlchen, und es war sehr heiß an jenem unseligen Tage. Als es Feierabend war und der junge Bursche schon einen ziemlich süßen hatte, kam der Polier und gebot ihm, die Arbeitsstätte zu verlassen. Er aber weigerte sich dessen, es gefiel ihm in seinem jugendlichen Hebermut, den Polier zu ärgern und er blieb. Schließlich holte der Polier die Polizei. Und alsbald erschien ein handfester Schuhmann, der dafür zu sorgen hat, daß alles seinen geregelten Gang geht und die heilige Ordnung nicht gestört wird. Der junge, angekränkelte Maurer aber kümmerte sich nicht darum, der Alkohol machte ihn vergessen, daß es gefährlich ist, gegen den Stachel zu lesen. Er plauderte den Beamten an, wobei er vergaß, daß amtliche Personen niemals Spaß verstehen, weil sonst der Staat aus den Fugen gehen würde. Und als das Auge des Befehles böse wurde, gab es einen Wortwechsel, bei dem der Junge seinem Groß Lust machte und seiner Meinung etwas deutlich Ausdruck gab. Wobei er wiederum vergaß, daß eine amtliche Person sehr empfindlich gegenüber über deutlich geäußerten Meinungen ist. Schließlich packte der Schuhmann den Delinquenten derb am Kragen, was der verständlicherweise als unnützlich empfand und wogegen er sich nach Kräften wehrte. Abermals aber vergaß er, daß der Staat von seinen Bürgern verlangt, daß der, den er einmal in seinen Klauen hält, mucksmäuschenstill sich in sein Schicksal ergibt. Und so hatte der vom

Alkohol Besessene, als er auf der Wache ankam, bereits gegen die Paragrafen der heiligen Ordnung verstoßen. Das alles wurde in der Verhandlung aufgerollt. Nur von dem Rajenjammer, den der Hebeläter am Tage nach der Tat aller Wahrscheinlichkeit nach verspürt hat, wurde nicht gesprochen. Das Gesicht des Richters hatte sich während der Aussagen der Zeugen womöglich noch mehr verfinstert und schließlich schaute er den Angeklagten an, wie ein preußischer Feldwebel seine Rekruten. Er stieß geradezu über vor stütlicher Entrüstung. Wie konnte so ein Kaufmann es wagen, einen Beamten, einen Vertreter der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung anzugreifen! Seine Seele erbeute wie der Wut einer beleidigten Jungfrau bei dem Gedanken, daß durch diese Tat auch seine Ruhe, die Sicherheit eines steuerzahlenden Bürgers gefährdet ward. Der Angeklagte machte in seiner Hilflosigkeit ein trotziges Gesicht und alles, was er ungeschickt sagte, erbot sich den Mann am Richterisch, dessen Aufgabe ist zu richten über seine Mitmenschen. Und als der Richter sich mit den zwei Schöffen zur Beratung zurückzog, mußten wir alle, daß es ein hartes Urteil geben würde, weil hier nicht ein gütiger Richter seines Amtes waltete, sondern ein verärgertes Epischer, dem die Seele eines jungen Arbeiters fremd und rätselhaft ist. Und wir wunderten uns gar nicht, als wir hörten, daß man den jungen, bleich unbekümmerten Burschen wegen einer jugendlichen Unbesonnenheit ins Gefängnis schickte, wo er bestimmt nicht besser wird. Und als ich den Gerichtssaal verließ, mußte ich daran denken, wie anders die Sache ausgegangen wäre, wenn etwa ein Student wegen ähnlicher Vergehen vor dem Richter gestanden hätte. Und ich dachte daran, wie oft ich während meiner Studentenzeit beobachtet hatte, daß betrunkene Kommilitonen noch viel tollere Dinge getrieben hatten und kein Hohn hatte danach gekriegt. Vor dem Gerichtsgebäude betrachtet man dann nachdenklich das Denkmal der Gerechtigkeit, diese imposante Dame mit den verbundenen Augen. Und während man in die Elektrische steigt, denkt man mit etwas bitterem Lächeln: „Wie symbolisch, daß sie blind ist!“

## Blumenzucht an der Riviera.

Der Kampf im Leben des Menschen gilt wohl hauptsächlich der Befriedigung der beiden größten Bedürfnisse: des nach Nahrung und des nach Liebe. Die Notwendigkeit der Nahrungsbeschaffung ist es auch sicherlich gewesen, die oftmals den Grundstein zu irgendeiner Industrie gelegt hat. Jedoch beginnt die, deren Entstehungsgeschichte hier geschildert werden soll, mit einem Roman. Hätte nicht ein armer französischer Weinbauer gewagt, um die Hand eines vermögenden Mädchens zu werben, ständen heute vielleicht nicht in Grajse große Destillieren. Kein blumenbeladener Zug würde Frankreich verlassen, um nach allen größeren Städten Europas lieblich duftende Belschen oder Parfüfen, goldene Nimmeln usw. zu bringen. Nicht zu vergessen, die materielle Seite, Frankreich wäre um Millionen Franken ärmer.

Vor ungefähr 100 Jahren wurde Parfüm ausschließlich in Paris hergestellt, und zwar aus Blumen. Die man eigens zu diesem Zwecke aus Italien importierte. Der Süden Frankreichs war zu dieser Zeit zum größten Teil mit Wein und Oliven bebaut. In der Nachbarschaft von Grajse lag das Besitztum eines Landjägers de Mirepoix. Er war einzig und allein durch die Person seines Vermögers bekannt, denn dieser Papst de Sorme bürdete den kleinen Weinbauern sozial Steuern wie nur irgend möglich auf. Kommen dann diese mit Beschwerden zu ihm, so war er es, der de Mirepoix dafür verantwortlich machte. Das Geld aber wanderte in seine eigene Tasche. Denn kam die Revolution und brachte Veränderungen, wie sie eben Revolutionen zu bringen pflegen, de Mirepoix starb, seine Witwe floh nach Deutschland. Papst de Sorme ließ das Besitztum seines ehemaligen Herrn in sein Eigentum übergehen. Papst de Sorme aber hatte eine Tochter Mary, für diese hielt er eifrig Umschau nach einem reichen Freier. Seine Wahl fiel auf einen sehr vermögenden Gutsherrn, der allerdings schon 60 Jahre alt war und außerdem schlechte und lahmte. Seine Tochter hatte bereits anderes mit sich beschloffen. Sie wünschte Lescant, einen jungen armen Farmer, zu heiraten, der einen kleinen Weinberg und fünf Kühe sein eigen nannte. Als sie dem Vater ihre Heiratspläne mitteilte, hatte er nur ein Lachen dafür und sagte: „Gewiß, wenn er mit 20 000 Franken zu mir kommt, habe ich gegen eine Heirat nichts einzuwenden.“ Mary erzählte ihrem Liebsten, was der Vater gelobt hatte, als sie gerade beisammen in Lescants Garten standen, in dem zur selben Zeit die Proencensoren in üppiger Fülle blühten. Lescant antwortete ihr, während er auf die Blumen deutete: „Wenn ich diese Blumen in Gold verwandeln könnte, würde es mir nicht schwer fallen, 20 000 Franken zu beschaffen.“ Am anderen Tage fand Lescant in seinem Garten und rich sämtliche Weinstöcke und Oliven aus, dann begann er Belschen und Parfüfen zu pflanzen. Nachbarn, die ihm bei dieser Arbeit zuschauten, glaubten, er sei verrückt, denn sie hielten es für unmöglich, daß er Abnehmer für seine Blumen finden würde.

Jedoch die Parfümeriefabrikanten in Paris kauften ihm seine Blumen ab und baten um größere Lieferungen. Jährlich kaufte Lescant mehr und mehr Land, das er nur mit Blumen bebaut, denn er konnte die große Nachfrage nach diesen kaum befriedigen. Als die Nachbarn sahen, wie gut sein Unternehmen gedieh, solaten sie seinem Beispiel und pflanzten ebenfalls Blumen. Die Blumenzucht erwies sich als ein bedeutend einträglicheres Geschäft als der Weinbau. Lescant heiratete seine Mary, ihre Nachkommen aber pflanzten sicherlich noch heutzutage Blumen in Grajse.

Aussterbende Tiere. Zu der Nachricht, daß der Storch im Aussterben begriffen ist, wird uns geschrieben: Die Densitätlichkeit beschäftigt sich viel zu wenig mit der Tatsache, daß die Tierwelt Europas aufs ärgste gefährdet ist. Hin und wieder hört man davon, daß der Storch ausstirbt. Auch von der Schwalbe wird mit Recht berichtet, daß sie vom Untergang bedroht ist. Aber damit ist die Anzahl der Tierarten, die geschützt werden müssen, wenn sie nicht völlig aussterben sollen, noch lange nicht erschöpft. Schon seit Jahren wird festgestellt, daß eine Anzahl der schönsten Vögel, wie Fischweiber, Biruhuhn, Kiebitz und Strandläufer, sich in erschreckender Weise vermindern. Auch der Eisvogel, und sogar die bisher häufigste Wachtel haben in den letzten Jahren erheblich abgenommen, so daß das allmähliche Verschwinden dieser Vögel zu befürchten ist, wenn nicht eifrige Schutzmaßnahmen getroffen werden. Somit eine Vogelfauna sich nicht vermehrt, ist sie gefährdet. Sogar vom Auer ist zu berichten, daß er allem Anschein nach sich vermindert, ohne daß allerdings eine Ursache dafür einzusehen ist. Das gleiche gilt für die Biruhühner. Von Tieren, die fast völlig verschwunden sind, ist in erster Reihe die Wildkatze zu nennen, deren Aussterben in den deutschen Wäldern heute bereits eine große Seltenheit ist. Nicht so schlimm verhält es sich mit dem Warden. Aber sowohl der Edel- als auch der Baumwarden ist nicht mehr so häufig anzutreffen wie in früheren Zeiten, und es ist sehr vernünftig, daß in manchen Provinzen die Jagd auf Wildkatze und Warden überhaupt verboten ist. Noch vor einigen Jahrzehnten hätte man es nicht für möglich gehalten, daß der Dachs und die Otter bei uns jemals seltene Tiere werden würden. Aber schon im Arlege und insbesondere in den ersten Jahren nach dem Arlege sind diese Tiere in vielen Gegenden Deutschlands fast völlig verschwunden, während sie in anderen selten geworden sind, auch wenn sie früher zu den häufigsten Wildarten gehörten. Um diese Schädigung unseres Wildbestandes zu verhindern, sind einheitliche und systematische Maßnahmen notwendig, durch die ein geordneter Tierchutz gewährleistet ist.

\*) Mitglied des Verbandes der 14- bis 15jährigen Kinder.

\*) Stadt in der Provence.

